

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltrige Postzelle oder deren Raum 80 Pfg.  
Veranlagungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Deutsche Holzarbeiterverband im ersten Halbjahr 1912.

Der Deutsche Holzarbeiterverband marschiert! Der Abschluß für das zweite Quartal liegt nun vor, und er läßt erkennen, daß wir wiederum ein Stück vorwärts gekommen sind. Unser Verband zählte um die Mitte des laufenden Jahres 190 786 Mitglieder; wir haben somit in der ersten Jahreshälfte 8036 Mitglieder gewonnen. Von den neu gewonnenen Mitgliedern sind 7569 männliche, 331 weibliche und 136 jugendliche; der Fortschritt verteilt sich also verhältnismäßig gleichmäßig auf alle Mitgliederkategorien. Wenn wir bescheiden wären, könnten wir mit diesem Fortschreiten der Organisation zufrieden sein. Im Hinblick auf die hohen Ziele, welche sich unser Verband gestellt hat, hätten wir allerdings ein viel lebhafteres Entwicklungstempo gewünscht. Immerhin läßt sich konstatieren, daß die Werbekraft unseres Verbandes nicht nachgelassen hat. Während in der ersten Hälfte des Jahres 1911 28 270 Mitglieder neu aufgenommen wurden, stieg die Aufnahmeziffer in der Zeit vom Januar bis Juli dieses Jahres auf 82 018. Wir dürfen aber nicht außer acht lassen, daß der größte Eifer bei der Werbung neuer Mitglieder keinen Zweck versteht, wenn nicht zugleich Maßnahmen getroffen werden, die einmal gewonnenen Mitglieder dauernd dem Verband zu erhalten.

Der im ersten Halbjahr 1912 erzielte Fortschritt im Stand der Organisation ist um so höher zu veranschlagen, als der Geschäftsgang nicht mehr so günstig war als im Vorjahr. Unsere Arbeitslosenstatistik zeigt, daß der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder in diesem Jahre durchgängig höher war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die vermehrte Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in der beträchtlichen Steigerung der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung wider. Die nachfolgende Hebersicht gestattet einen Vergleich der Ausgaben für Unterstützungs-zwecke aus der Hauptkasse und den Lokalkassen des Verbandes je in der ersten Hälfte der beiden letzten Jahre geleistet wurden.

	Erstes Halbjahr	
	1911	1912
Arbeitslosenunterstützung	63 508	68 108
Arbeitslosenunterstützung	610 906	778 038
Streikunterstützung	1 601 886	496 926
Krankenunterstützung	461 428	514 919
Gemäßigtemunterstützung	54 330	42 649
Stempelgeld	31 244	35 052
Unzugrundunterstützung	21 838	22 053
Nofallunterstützung	27 180	38 271

Summa 2 871 819 1 996 016

Die Gesamtsumme der Ausgaben im Jahre 1912 bleibt somit sehr beträchtlich hinter der des entsprechenden Zeitraumes 1911 zurück. Diese Ausgabenverminderung ist ausschließlich auf den bedeutenden Rückgang des Streik- und Lohnkassenzuflusses zurückzuführen. Im vorigen Jahre waren eine Reihe von Kämpfen zu führen, welche die Kasse in ganz außerordentlichem Maße belasteten. Neben dem großen Kampf in Hamburg, der hier an erster Stelle zu nennen ist, sei erinnert an die Streiks der Knopfmacher in Frankenhäusen, in den Hindervagenfabriken in Zeitz, der Stroh-arbeiter in Bürgel, an die Tischlerstreiks in Bremen, Forst, Worms, an den Streik der Wandstichschreiner in Barmen, an den Stuhlmacherstreik in Rabenau usw. Alle diese Kämpfe haben bedeutende Summen gekostet und es verursacht, daß der Kosten-Streikunterstützung in der vorjährigen Abrechnung die außergewöhnliche Höhe erreichte.

Dem Umstand, daß der Verband in diesem Jahre mit so lohnspiegeligen Kämpfen nicht in dem Maße belastet war wie im Jahre 1911, ist es zu danken, daß sich das Vermögen des Verbandes in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nicht unbedeutlich gesteigert hat. Die Vermögenszunahme gegenüber dem Stand am Schluß des Jahres 1911 beträgt bei der Hauptkasse 664 719 Mk., bei den Lokalkassen 71 515 Mk. Hauptkasse und Lokalkassen zusammen verfügen über einen Bestand von 5 818 442 Mk. Das ist ein ganz hübscher Fonds, der uns bei der Verfolgung unserer Ziele ganz treffliche Dienste leistet. Wir können aber mit noch größerer Zuversicht der Zukunft entgegenblicken, wenn unser Kriegsschicksal ein höheres wäre. Der Verbandsrat in Berlin hat sich von dem Gedanken leiten lassen, daß es nicht angängig ist, Ersparnisse auf dem Wege herbeizuführen, daß notwendige Lohnbewegungen deshalb verhütet werden, weil ihre Durchführung unter Umständen erhebliche Mittel erfordert. Eine solche Sparpolitik wäre dem Verbandes unwürdig. Von der Erwägung ausgehend, daß die Verbandskasse gestärkt werden muß, wenn sie auch

künftig instand sein soll, ihre Aufgabe zu erfüllen, hat der Verbandsrat der Hauptkasse höhere Einnahmen zugewiesen. Im ersten Halbjahr 1912 sind als Extrabeiträge der Hauptkasse insgesamt 62 210 Mk. zugeflossen, wovon der größte Teil aus den Zahlstellen stammt, die den Münchener Beschluß bezüglich der Abführung eines höheren Beitrages respektiert haben. Die Wirkung des Berliner Beschlusses, welcher diesen Einnahmeposten wesentlich steigern wird, kann erst in späteren Abrechnungen in Erscheinung treten.

Haben auch die Lohnkämpfe dieses Jahres keine so großen Kosten verursacht als die des Vorjahres, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß es im Jahre 1912 in der Holzindustrie besonders ruhig zugegangen wäre. Die rund eine halbe Million, die im ersten Halbjahr für Streikunterstützung verrechnet ist, ist für sich betrachtet, ein ganz respektable Kosten. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung hat der Deutsche Holzarbeiterverband im ersten Halbjahr 1912 insgesamt 494 Lohnbewegungen geführt, an welchen 23 222 Kollegen beteiligt waren. In einzelnen wurden geführt 119 Angriffsstreiks mit 3921 Beteiligten, 48 Abwehrstreiks mit 1049 Beteiligten, 21 Ausperrungen mit 1152 Beteiligten. Das Gros der Beteiligten mit 16 824 kommt auf 295 Angriffsbewegungen ohne Streik und außerdem wurden noch 11 Abwehrbewegungen mit 276 Beteiligten durchgeführt. Das Ergebnis der Kämpfe stellt sich dem der früheren Jahre würdig zur Seite. Es wurde erreicht für 15 627 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um 28 462 Stunden pro Woche oder durchschnittlich pro Mann und Woche um 1,8 Stunden. Für 18 970 Kollegen wurde eine Lohnerrhöhung um 402 51 Mk. pro Woche oder durchschnittlich 2,12 Mk. erreicht. Ferner konnte für 24 Personen eine geplante Arbeitszeitverlängerung um durchschnittlich 4,4 Stunden pro Woche und für 218 Personen eine Vorkürzung um durchschnittlich 2,67 Mk. pro Woche abgewendet werden. In 214 Fällen konnten die Erwerbschaften vertraglich festgelegt werden, und zwar sind hiervon 167 Verträge das Ergebnis einer ohne Streik verlaufenen Lohnbewegung.

In den Lohnkämpfen dieses Jahres waren überwiegend Kollegen in den kleineren Orten beteiligt. Was die Berufe der an den Lohnbewegungen beteiligten Kollegen anlangt, so stehen natürlich die Tischler, die den weitaus größten Prozentsatz der Verbandsmitglieder stellen, wieder oben an. Von 17 110 Verbandsmitgliedern, die an den Lohnbewegungen beteiligt waren, ist die Berufszugehörigkeit festgestellt worden. Hierbei wurden gezählt 11 160 Tischler, 617 Drechsler, 466 Bürstenmacher, 759 Stellmacher, 445 Korbmacher, 36 Vergolder, 1680 Maschinenarbeiter, 575 Holzarbeiter, 1382 diverse und 290 Arbeiterinnen. — Von einer eingehenden Besprechung der mitgeteilten Ziffern wollen wir Abstand nehmen. Es handelt sich um vorläufige Feststellungen aus der Streikstatistik, die erklärlicherweise noch unvollständig sind. Auf die Statistik selbst werden wir zurückkommen, wenn das endgültige Ergebnis vorliegt.

So viel läßt sich aber jetzt schon sagen: Der Deutsche Holzarbeiterverband hat auch im laufenden Jahre in reichlichem Maße seine Pflicht erfüllt. Insbesondere hat er seine Aufgabe, für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen zu wirken, erfolgreich wahrgenommen. Die Lohnbewegungen, deren Ergebnis wir registriert haben, sind aber gewissermaßen nur ein Vorpiel für die bevorstehenden Kämpfe. Der Termin für die Kündigung der im Februar 1913 ablaufenden Verträge rückt heran. Im Spätherbst werden wieder die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband beginnen, bei denen es sich um die Regelung der Arbeitsbedingungen für rund 500 000 Kollegen in den verschiedensten Teilen des Reiches handeln wird. Wie diese Verhandlungen ausgehen werden, kann niemand voraussagen, eine ganze Reihe von Momenten lassen jedoch die Vermutung begründen, daß sich der Arbeitgeberverband darauf vorbereitet, uns im kommenden Frühjahr den Kampf zu liefern, den ein erheblicher Teil seiner Mitglieder schon lange herbeisehnt. Wenn wir auch den besten Willen haben, die bevorstehenden Tarifverhandlungen auf friedlichem Wege zu einem guten Ende zu führen, so ist doch die Aussicht, dieses Ziel zu erreichen, noch so ungünstig gezeichnet, als in diesem Jahre.

Das soll uns nicht mutlos machen, aber auch nicht nervös. In aller Ruhe, aber mit um so größerer Energie müssen wir unsere Vorbereitungen treffen. Vor allen

Dingen gilt es, unsere Reihen zu stärken. Die wenigen Monate, die uns noch von der Entscheidung trennen, müssen mit einer energischen Werbearbeit ausgefüllt werden. Die gegenwärtige Zeit der Teuerung ist der Agitation äußerst günstig. Auch die Gleichgültigen sind wachgerüttelt, ihnen muß gezeigt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation ein Mittel ist, das Einkommen der Arbeiter zu steigern und den Folgen der Lebensmittelerhöhung entgegenzuwirken. Unserem Streben, die Lebenshaltung der Kollegen zu heben, wollen die Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegensetzen. In der Stärke unserer Organisation muß dieser Widerstand scheitern. Alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Agitation sind gegeben, lassen wir die Zeit nicht ungenutzt verstreifen!

## Stimmungsmache.

Die zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossenen Tarifverträge sind bekanntlich in vier Serien geteilt, die jeweils am 15. Februar ablaufen. Seit dem Jahre 1911 werden die Verträge auf vier Jahre abgeschlossen; vorher waren dreijährige Verträge die Regel, die im Frühjahr 1910 abgeschlossenen Verträge laufen also am 15. Februar 1913 ab. Diese Gruppe von Vertragsserien ist die weitaus umfangreichste und die bedeutungsvollste. Zu ihr gehören neben Berlin eine bedeutende Anzahl großer Städte, die an der großen Ausperrung im Jahre 1907 beteiligt waren, deren Abschluß zugleich den Beginn der großzügigen Vertragspolitik in der Holzindustrie bedeutet.

Seit dem Jahre 1907 haben alljährlich im Winter und im Frühjahr umfangreiche Verhandlungen über die Erneuerung der ablaufenden Verträge stattgefunden, die, wenn auch mitunter erst nach Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten, doch stets auf friedlichem Wege zu einer Verständigung geführt haben. Solche friedliche Verständigung ist aber nicht nach dem Sinn gewisser namhafter Führer im Arbeitgeberverband. Diese Organisation verfolgte von vornherein die Absicht, für alle Verträge in der Holzindustrie einen einheitlichen Ablaufstermin zu schaffen. Die Drohung mit der allgemeinen Ausperrung würde dann für die Unternehmer ein wichtiges Argument bei den Verhandlungen werden und die Arbeiter zu Zugeständnissen zwingen, zu welchen sie sich bisher nicht herbeigelassen haben im Hinblick darauf, daß schlimmstenfalls nur ein Teil der Verbandsmitglieder von der Ausperrung betroffen werden kann. Ob diese Skalkulation richtig ist, können wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls ist es Tatsache, daß das angegebene Ziel vom Arbeitgeberverband verfolgt wird und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes sind aus den Kreisen seiner Mitglieder heraus schon scharfe Vorwürfe gemacht worden, weil er sich nicht herbeigelassen hat, unter Druck bestehender Verträge einen gemeinsamen Ablaufstermin zu erzwingen.

Nach, die bei den Verhandlungen den Arbeitern gemachten Zugeständnisse gehen den Mitgliedern des Schutzverbandes vielfach zu weit und auf den Generalversammlungen des Arbeitgeberverbandes kommt die Zustimmung mit den bestehenden Zuständen regelmäßig und oft recht drastisch zum Ausdruck. Der Arbeitgeberverband gibt es eine Kriegspartei, die sichlich an Einfluß gewinnt. Man will wieder einmal eine Generalabrechnung mit dem Deutschen Holzarbeiterverband vornehmen und es scheint, daß der bevorstehende Ablauf der Verträge in der größten Gruppe von Vertragsstädten, die 52 Orte mit rund 50 000 Arbeitern umfaßt, als passendste Gelegenheit für diesen Zweck erachtet wird. Die Situation, wie sie sich im nächsten Frühjahr ergibt, wo auch die Verträge im Baugewerbe ablaufen, wird von den Unternehmern als besonders günstig erachtet und das Bündnis, welches der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe mit den Unternehmerverbänden im Baugewerbe abgeschlossen hat, deutet darauf hin, daß die Unternehmerorganisationen nach einem gemeinsamen Plan operieren wollen.

Im Arbeitgeberverband werden schon lange umfangreiche Vorbereitungen für die große Abrechnung getroffen. Auf Ende September war eine Konferenz von Vertretern des Schutzverbandes aus den Städten anberaumt, in welcher der Vertrag im Frühjahr zum Ablauf kommt, zu dem Zweck, um über die einzuführenden Taktik zu beraten. Auffälligerweise erschienen zu gleicher Zeit in der bürgerlichen Presse alarmierende Nachrichten über

einen bevorstehenden Niesenkampf in der Holzindustrie. Der Verfasser dieser Notizen, die anscheinend den gleichen Ursprung haben, weist da mit Niesenziffern um sich, die bei den Kennern der Verhältnisse nur ein Lächeln erregen. Der Zweck der Notiz liegt aber auf der Hand. Die Holzarbeiter sollen der Öffentlichkeit als die Störenfriede benannt werden, die leichtsinnigerweise den Kampf provozierten. Den nachstehenden Artikel entnehmen wir dem „Chemnitzer Tageblatt“ vom 22. September. Wir haben ihn aber auch in anderen Blättern, teils im vollen Umfang, teils in gekürzter Form gefunden.

h. Berlin, 20. September. Niesenkampfbewegung im Holzarbeitergewerbe. Nach allen Anzeichen bereitet sich eine Niesenkampfbewegung im Holzarbeitergewerbe vor. Der bekannte Führer der Holzarbeiter, Stadtrat Herr Glode, hat angekündigt, daß die Holzarbeiter nach Ablauf des bestehenden Tarifes mit Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne kommen werden. Ein Niesenkampf sei unumzählig. Wie wir hören, sind die Forderungen der Holzarbeiter so exorbitant — stellenweise Erhöhung der Löhne bis 33 Proz. —, daß die Arbeitgeber ihrem Nein entgegengehen, falls sie diese Forderungen der Holzarbeiter, die zum größten Teil in dem Holzarbeiterverband organisiert sind, bewilligen würden. Es würden bei dem Niesenkampfbau 300 000 Holzarbeiter in Betracht kommen, die sich hauptsächlich auf Groß-Berlin, Pöppzig, Dresden, Chemnitz, Hannover, Magdeburg, Königsberg, Danzig, Breslau, Dortmund, Essen (Ruhr), Braunschweig, Bremen usw. verteilen würden. Die Holzarbeiterorganisationen in den maßgebenden Städten haben bereits beschlossen, die Beiträge zu erhöhen, um den Kriegsfonds zu stärken. Der Holzarbeiterverband, der den Kampf führen will, zählt rund 180 000 Mitglieder. Das sind 39 bis 40 Proz. der in dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Die Streikliste ist mit 5 000 000 Mark ausgelastet, davon sind jedoch nur 3 000 000 Mk. disponibel. Durch Erhöhung der Beiträge und Vermeidung aller Einzelkämpfe bis zum Frühjahr hofft man, einen Streikfonds von 7 000 000 Mk. zusammenbringen zu können. Aber bei dieser Summe müßten die Holzarbeiter, falls die Arbeitgeberorganisationen jetzt zusammenhalten, wie es allem Anschein nach der Fall sein wird, unterliegen. Denn die 7 000 000 Mk., die auch nur zur größeren Hälfte disponibel sein werden, reichen doch kaum aus, die Streikenden anderthalb Wochen über Wasser zu halten. Die Arbeitgeber treffen alle Vorbereitungen, um im Kampfe gewappnet zu sein. Es ist unbestreitbar, daß die Arbeitgeberorganisationen in der letzten Zeit stark an Mitgliedern gewonnen haben, und auch ihre Kampfkraft ist beträchtlich erhöht. Sie können also der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegengehen. Daß in den Arbeiterorganisationen eine große Hurra Stimmung herrscht, sieht fast, aber mit Kuratimmungen allein gewinnt man keine Schlachten.

Was die angebliche Ankündigung des Kollegen Glode anlangt, von welcher der Artikel ausgeht, so handelt es sich in Wirklichkeit darum, daß Glode in einer Berliner Vertrauensmännerversammlung den von der Lokalverwaltung gestellten Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages begründet hat. Es ist auch beschlossen worden, den Gesamtbeitrag in Berlin ab 1. Oktober von 1,00 Mk. auf 1,25 Mk. zu erhöhen. Ein Beschluß, von dem übrigens eine Anzahl Provinzialblätter in der Form Notiz genommen haben, als sei der Beitrag für das gesamte Gebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf 1,25 Mk. erhöht worden. Die dem Kollegen Glode in den Mund gelegte Fanfare stützt sich offenbar auf den Bericht, den der „Schwarz“ über die Vertrauensmännerversammlung in Berlin gebracht hat. Hiernach hat Glode ausgeführt:

Die große Arbeitslosigkeit in den Jahren 1908 und 1909 hat bedeutende Mehrausgaben verursacht. Auch in den folgenden Jahren war die Arbeitslosigkeit und deshalb auch die Unterstützung immer noch recht groß, besonders in der Baubranche herrscht immer noch eine schreckliche Konjunktur. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Berlin besonders hohe Zuschläge nicht nur zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sondern auch zur Strafkostenunterstützung zahlt. Weiter fällt ins Gewicht, daß vor kurzem nicht nur die Unterstützungssätze erhöht wurden, sondern auch die Zeit, für die sie gewährt werden, verlängert worden ist. Ins alledem ergibt sich, daß die dauernde finanzielle Belastung der zahlreich Berlin nicht geringer werden wird. Bis jetzt ist es möglich gewesen, mit dem Betrag von 1 Mk. auszukommen, aber es kann dabei für den eigentlichen Zweck des Verbandes: Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht genug zurückgelegt werden. Jetzt steht eine Tarifbewegung bevor. Es ist daher anzunehmen, daß der Beitrag gekündigt wird und daß die Kollegen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne stellen werden. Es kann also wieder zu schweren Kämpfen kommen, die natürlich große Ausgaben erfordern. Für diesen Fall muß sich die Organisation durch Stärkung ihres Kampffonds heutzutage rüsten. Wenn die Unterhaltungen in der bisherigen Weise weitergeführt werden, so wird die Hauptaufgabe des Verbandes, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht vernachlässigt werden, denn der Beitrag in der vorgeschlagenen Höhe erhöht werden.

Von braucht diese beiden Notizen nur zu vergleichen, um zu erkennen, daß die von Schwarz aus Anlaß der Umverteilung geübte Kampfbewegung, aus einer Schwärze eine Fanfare zu machen, noch nicht ausgeht. Den Kollegen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Leichtfertigkeit zu bekräftigen, scheint eine mit ziemlichem Aufwand arrangierte Spektion des deutschen Holzarbeiterverbandes in Köln sehr gefallen zu sein. Dort haben am 25. September acht christliche Holzarbeiterorganisationen gesagt, die sie mit der bevorstehenden Tarifbewegung beschäftigen. Ein gefälliges Depeschen-

bureau hat diese welterschütternde Nachricht telegraphisch der Presse übermittelt, und verschiedene Blätter haben sie in sensationeller Aufmachung dem Publikum unterbreitet. Nach diesen Vorgängen kann man sich noch auf manche Ueberraschung gefaßt machen.

Es liegt nicht in unserer Macht, das Treiben derer zu verhindern, die ein Interesse daran haben, die Öffentlichkeit zu beunruhigen; wir möchten aber unseren Kollegen empfehlen, sich durch diese Treibereien nicht nervös machen zu lassen. Die Annahme, daß es der Arbeitgeberverband bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen zum Konflikt treiben will, ist, wie wir eingangs auseinandergesetzt haben, sehr naheliegend. Wir dürfen uns aber deshalb nicht aus der Ruhe bringen lassen. Selbstverständlich müssen wir uns auf alle Eventualitäten vorbereiten und vor allen Dingen muß die Agitation für die Ausbreitung des Verbandes mit der größten Intensität betrieben werden. Unsere Stellung bei den bevorstehenden Verhandlungen zu präzisieren, ist aber jetzt noch viel zu früh. Wenn auch nach den Verhandlungen unseres Verbandes damit zu rechnen ist, daß die Verträge, die zum Ablauf kommen, gekündigt werden, so sind doch unsererseits noch keine Wünsche nach dieser Richtung gefaßt und noch viel weniger kann jetzt schon von den aufzustellenden Forderungen die Rede sein. Für diese Dinge bleibt uns noch hinreichend Zeit. Die gekennzeichnete Stimmungsmache in der Presse hat für uns nur die Bedeutung, daß sie den Kollegen, die bisher noch daran zweifelten, den Ernst der Situation zeigt, und die Lehre, die wir daraus zu ziehen haben, lautet: Stärkt den Verband!

**Die Entwicklung der britischen Gewerkschaften.**

(Schluß). Die Vermögen der 100 Gewerkschaften, die 1907 mit 5 640 000 Pfd. Sterl. ihren Höhepunkt erreichten, sanken 1910 auf 5 120 000 Pfd. Sterl. Dieser Fall in den Vermögensverhältnissen kam zustande, trotzdem die jährlichen Einnahmen ganz riesenhaft gewachsen waren, was natürlich der großen Arbeitslosigkeit zu verdanken ist. Das Vermögen der 100 Verbände pro Kopf der Mitglieder betrug am Ende von 1893 nur 28 Schillinge, 1906 aber 80 Schillinge, sank dann aber auf 70 Schillinge am Ende von 1910. Im Jahre 1910 war die Durchschnitts-Jahres-einnahme pro Kopf der Mitglieder wie folgt:

Durchschnittseinnahme von Beiträgen, Zuschlägen, Ein-schreibgebühren und Strafen i. Jahre 1910	Metall-, Bau-, Drucker- und Holzarbeiter-Gewerkschaften	Andere Gewerkschaften	Total
	Zahl Mitglieder	Zahl Mitglieder	Zahl Mitglieder
Unt. 10 Schilling	—	3	53812
10—15	1	2491	16 188183
15—20	3	4277	15 195542
20—25	1	5387	8 400300
25—30	1	7056	6 76811
30—40	8	90702	1 54475
40—60	12	82414	2 4648
60—70	8	95401	—
70 u. mehr	4	196739	1 2450
Total	38	484466	62 975221
			100 1459687

Wie man sieht, betragen die Durchschnittseinnahmen an Beiträgen usw. in 38 Gewerkschaften mit 454 000 Mitgliedern weniger als 20 Schillinge pro Mitglied, in 19 Gewerkschaften mit 406 000 Mitgliedern belief sich dieselbe auf 20 bis 25 Schillinge, in 38 Gewerkschaften mit 411 000 Mitgliedern auf 25 bis 70 Schillinge und in 5 Gewerkschaften mit 199 000 Mitgliedern über 70 Schillinge. Die höchsten Beiträge usw. wurden von den Mitgliedern der Friendly Society of Ironfounders (Eisengießer) entrichtet, und zwar 98 Schillinge, dann folgen die Zimmerleute mit 79 Schillinge, der Verband der Maschinenbauer mit 72 Schillinge und die Londoner Schriftsetzer mit 71 Schillinge.

Wenn man nun eine Uebersicht über die Holzarbeitergewerkschaften geben will, so stößt man auf Schwierigkeiten, denn die Gewerkschaftsstatistiken des Handelsamtes befaßen sich auffallenderweise sehr wenig mit den Gewerkschaften der Holzbearbeitung. In diesen Statistiken wird die Gewerkschaftsbewegung in folgende Industriegruppen zusammengefaßt: Bau, Gruben, Metall, Maschinen und Schiffbau, Textil, Bekleidung, Transport, Druck und Papier, andere Industrien. In letzter Rubrik ist einfach alles einbezogen, was in den vorgenannten Rubriken nicht aufgezählt werden konnte und darunter befinden sich auch die Holzarbeitergewerkschaften. Auf die englische Gewerkschaftsbewegung wirkt es ein eigenartiges Licht, daß man bis jetzt keine Veranlassung gemacht hat, das Handelsamt zu bewegen, hier etwas zu schaffen. Und dabei befinden sich im Arbeitsrat des Handelsamtes drei oder vier frühere Gewerkschaftsbeamte. Der Durchschnittsengländer hat eben im allgemeinen wenig oder gar kein Interesse für statistische Arbeiten. Nimmt man die Jahresberichte einer Gewerkschaft zur Hand, so findet man wohl dieleiartige Bücher mit einer Unmenge von Zahlen, von statistischer Verarbeitung und Bewertung findet man aber keine Spur. Die führenden Elemente, die in den letzten Jahren in Deutschland Studientouren unternahmen, blieben zwar mit Bewunderung auf die Leistungen der deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete, bis jetzt ist man aber auf keinerlei Verherrlichung gestoßen, die darauf schließen läßt, daß man auch in England ähnliche Methoden einführen will. Dieses ist auch die Ursache, daß man in England keine genaue jährliche Statistik über das Wachstum der Gewerkschaften hat. Das Handelsamt begnügt sich damit, nur alljährlich in der offiziellen „Labour Gazette“ einen kurzen

Bericht über den Stand der Mitgliederzahl zu bringen; eingehende Berichte über das Wachstum usw. werden nur in periodischen Beiträgen von drei Jahren herausgegeben. 1910 gab es im ganzen 91 Holzarbeitergewerkschaften mit 88 658 Mitgliedern. Diese Gewerkschaften erreichten 1907 ihren Höhepunkt. Im genannten Jahre stieg die Mitgliederzahl auf 44 888 gegen 42 771 im Jahre 1906. 1901 gab es 108 Gewerkschaften mit 39 618 Mitgliedern. 1897 betrug die Mitgliederzahl 38 798. Die verschiedenen Gewerkschaften verteilen sich auf folgende Berufsgruppen: Möbelschleifer und Polierer: 21 Organisationen mit 12 041 Mitgliedern im Jahre 1910, Tapezierer: 6 Organisationen mit 2170 Mitgliedern, Wagenbauer: 12 Organisationen mit 11 836 Mitgliedern, Mörtler: 36 Organisationen mit 5098 Mitgliedern, Holzbearbeitungsmaschinen- und Sägereiarbeiter: 6 Organisationen mit 5670 Mitgliedern, Drechsler: 5 Organisationen mit 192 Mitgliedern, Ristenmacher: 9 Organisationen mit 1339 Mitgliedern, sonstige Organisationen gibt es noch 7 mit 622 Mitgliedern. In letzterer Rubrik kommen Bildhauer, Dreher, Sargschreiner, Bildrahmenarbeiter, Orgelmacher, Bergolber. Unter den Holzarbeitergewerkschaften gibt es Organisationen älteren Datums.

Von 1908 bis 1910 verringerte sich die Mitgliederzahl bei den verschiedenen Gewerkschaften der Tischler, Tapezierer usw. von 16 000 auf 14 000, die Wagenbauer, Stellmacher usw. von 14 000 auf 12 000, die sonstigen Gewerkschaften der Tischlerei und Holzbearbeitung von 15 000 auf 13 000.

So dürfte es nicht ohne Interesse sein zu erwähnen, daß die kleine Organisation der Oak Wood Cabinet Makers (Oak Wood Cabinet Makers) (Woods) (Tischler) 1799 gegründet wurde. Diese Organisation, die 1807 noch 90 Mitglieder zählte, hatte 1910 nur noch 42 Mitglieder. Die Amalgamated Cabinet Makers (Allgemeiner Verband der Tischler), welcher 1833 gegründet wurde, zählte im Jahre 1897: 2068, 1901: 2518, 1906: 2974, 1907: 3093, 1909: 2793, 1910: 2587. Die United Kingdom Coachmakers (Wagenbauer des vereinigten Königreichs), die 1834 ins Leben trat, zählte 6897 Mitglieder im Jahre 1897, 1900 aber 6712 und 9076 im Jahre 1907, 1910 nur 6748. Außerdem hat dieser Verband noch 100 Mitglieder in den Kolonien und in Amerika. Die Amalgamated Woodcutting Machinery (Holzbearbeitungsmaschinen), die 1866 gegründet wurde, zählte 3106 im Jahre 1897 und 4685 im Jahre 1907, 1910 aber 4079. Die Liverpooler Bildhauer und Bergolber, die sich 1837 vereinigten, zählten 1910 im ganzen 29 Mitglieder.

1902 wurde die National Amalgamated Furnishing Trades Association (Allgemeiner Verband der Möbelschreiner) gegründet. Diese Organisation entstand durch Verschmelzung verschiedener kleiner Gewerkschaften. Im Jahre 1906 zählte sie 6400 Mitglieder, 1907 aber 7007, 1910 6888 Mitglieder. Einige Holzarbeitergewerkschaften sind in einer Föderation zusammengeschlossen, und zwar in der Association of Woodworking Trade Unions. Dieses Kartell umfaßt drei Gewerkschaften der Zimmerer, zwei Gewerkschaften der Tischler und zwei Organisationen der Holzbearbeitungsmaschinen mit 79 867 Mitgliedern. Das Vermögen der Furnishing Association ist sehr gering, es betrug 5843 Pfd. Sterl. im Jahre 1901 und 6533 Pfd. Sterl. im Jahre 1910. Das Vermögen des großen Verbandes der Wagenmacher indessen betrug 1901, 34 395 Pfd. Sterl., 1910 aber nur noch 22 939 Pfd. Sterl. Die Arbeitslosenunterstützung ist hauptsächlich verantwortlich für das Sinken der Vermögensverhältnisse. So zählte der Verband der Wagenbauer 1901 nur 3739 Pfd. Sterl. aus, 1909 aber 18 851 Pfd. Sterl. In den zehn Jahren von 1901 bis 1910 zahlte der Verband 69 552 Pfd. Sterl. an Arbeitslosenunterstützung aus, aber nur 6710 Pfd. Sterl. wurden für Streiks verausgabt. In letzter Summe sind aber noch Ausgaben für Deputationen enthalten. Der allgemeine Verband der Möbelschleifer verausgabte in diesem Zeitabschnitt 76 193 Pfd. Sterl. für Arbeitslosen- und 11 264 Pfd. Sterl. für Streikunterstützung.

**Soziales.**

**Siebenter deutscher Arbeitsnachweisungskongress.**

1. Die Arbeitsnachweisungskongresse, deren siebenter am 19. und 20. September d. J. in Hamburg tagte, sind eine Veranstaltung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Der Verband bezeichnet als seinen Zweck: „die Förderung des planmäßigen Ausbaues der Arbeitsvermittlung in Deutschland auf gemeinnütziger Grundlage“, und Mitglied des Verbandes kann jeder Arbeitsnachweis oder Arbeitsnachweiseverband werden, der „lediglich gemeinnützige Zwecke verfolgt, d. h. weder zu Erwerbszwecken noch im einseitigen Interesse von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern betrieben wird“. So sollen denn auch die Arbeitsnachweisungskongresse hauptsächlich der Förderung des sogenannten gemeinnützigen Arbeitsnachweises dienen, worunter die Veranstaltung allerdings lediglich die von Staat oder Gemeinde errichteten öffentlichen Arbeitsnachweise verstehen. Deshalb bildeten auch auf dem Kongress in Hamburg diejenigen, die am meisten an der Arbeitsvermittlung interessiert sind, nämlich die Arbeiter und Arbeitgeber, nur eine bescheidene Minderheit unter den zahlreich anwesenden staatlichen und kommunalen Beamten. Im ganzen verzeichnet die Präsenzliste über 400 Kongressmitglieder, darunter auch eine kleine Anzahl Vertreter unserer Gewerkschaften sowie der Arbeitgeberverbände. Zum ersten Male hatte auch der Deutsche Holzarbeiterverband einen Delegierten, und zwar den Vorstehenden Reipart, entsandt.

Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund-Verlin, eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Darstellung des erstrebten Zieles,

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittler Anlass geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist freizuhalten von:

**Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremen:** Haben-Werkmünde-Seele, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik N. G. Wolf, Herm. Manisch), Elmshorn (Höhn), Gmden in Ostfriesland (Möbelschleierei), Eustirchen (Schulze), Sießen, Wlogau (Baumgart), Großhartmannsdorf (Berlebach), Hallingen (Willy. Bollmer), Landsberg a. L. (Springs Wwe.), Lauban (Kaltbrenner), Märchingen, Derlinghausen (Möbelschleierei Kortkamp), Offenbach (Tischfabrik L. Schlapp), Kleisenhausen, Schweinfurt, Sensburg, Spandau (Behring), Stolp i. Pomn. (Brock), Tangermünde (Matzke), Varel in Oldenburg (Johann Wienken), Viersen (Ludw. Kuhlmann), Weinheim (Schwab), Willkau in Sachsen (Koppermann), Wrag, Zunsbrud, Kesselsdorf (Waggonfabrik).

**Möbelschleier nach Düsseldorf-Lierenfeld** (Stahlwerk Delling), Offenbach a. M. (Engelbert Kern).

**Stauermachern nach Brüssel, Cläusa im Kanton Zürich (Mordorf).**

**Drechsler nach Burg bei Magdeburg** (Tischfabrik N. G. Wolf), Böhr i. Westwald (Gebr. Günther), Kunkirchen am Sand, Birkdorf bei Fürth i. B.

**Polsterer nach Berlin** (Bojalländer, Elisabethufer), Burg bei Magdeburg (Tischfabrik N. G. Wolf).

**Partikellagern nach Charlottenburg** (Arbeitsnachweis des Verkehrsvereins der Berliner Partikellagere, Händelstraße), Leipzig (Firma W. Schulze, Zuhälter Otto Elbinger).

**Färgearbeitern nach Tilsit.**

**Stoßarbeitern nach Wald i. Rheinland.**

**Formmachern nach Seiffersdorf** (Allermann u. Verndsen), Schiffdorferdamm (Waller), der Schweiz.

**Stellmachern nach Weimar** (Waggonfabrik), Paris, Brüssel (Carrosserie Parfienne).

**Vergolbern, Grundierern, Verzieren und Farbigmachern nach Hamburg-Altona, Gattbrunn bei Zürich (Oellers).**

nämlich möglichst Ausbreitung des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises. Mit harter Betonung sagte dabei der Redner, daß der Verband allen Verfassungen, mit der Masse der Parität Sonderbestrebungen zu verfolgen, energisch entgegenzutreten werde. Nach einer Reihe von Begründungen erklärte alsdann Rechtsrat Dr. Fischer-Münster das erste Referat über: „Die bisherige Wirksamkeit des Stellenvermittlergesetzes und Reformvorschlüge“. Der Referent ist mit den Erfolgen, die das Gesetz gezeitigt, nicht zufrieden und hält eine weitere Beschränkung der privaten Stellenvermittlung sowie namentlich eine strengere Kontrolle derselben für erforderlich. Dagegen wehrten sich aber in der Debatte, mehrere Vertreter der privaten Stellenvermittlung, indem sie zugleich lebhaftes Ärgern über die für sie jetzt schon so ungünstige Wirkung des Gesetzes vortrugen. Ihren Argumenten trat der Vorsitzende des Verbandes der Gastwirtschaftlichen, Beske, Berlin, wirkungslos entgegen, und nach recht ausgedehnter Debatte, auf die wir hier nicht näher eingehen können, sagte Dr. Freund das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, der beste Kampf gegen die gewerkschaftliche Stellenvermittlung sei der Ausbau des kommunalen Arbeitsnachweises.

Den Rest des ersten Tages füllten zwei weitere Referate aus, nämlich von dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, Weigeordt, Dr. Most über: „Arbeitsmarktstatistik“, und von Stadtbauinspektor Alwin-Höhl und Inspektor Steffen-Berlin über: „Bau und Einrichtung von Arbeitsnachweisgebänden“. Diesen beiden Referaten schloß sich nur eine kurze, wenig bedeutungsvolle Diskussion an. Dagegen leitete der nächste Tagesordnungspunkt, der am zweiten Tage zur Verhandlung gelangte, eine größere Aufmerksamkeit auf sich, nämlich ein Referat über: „Die öffentlichen Arbeitsnachweise im Lichte der neueren Erfahrungen“. Der Referent, Landrat Wüchting-Limburg a. L., widmete allerdings den größeren Teil seiner Ausführungen der Arbeitsvermittlung für die Landwirtschaft und berichtete außerdem über die Entstehung und Entwicklung des Arbeitsnachweises in Limburg. Einige Parteien seiner Rede zogen aber auch von einer gesunden Auffassung der Dinge, denn er trat dafür ein, daß ausländische Arbeiter nur dann herangezogen werden dürften, wenn keine einheimischen Leute zu haben sind. Der Bureaucratismus und der Vorurteilgeist seien von den Arbeitsnachweisen fernzuhalten, die Arbeitslosen müßten tatvoll behandelt werden. Mit Recht wurde deswegen dem Referenten in der Debatte nahegelegt, die seine Anschauungen möglichst auch unter seinen Amtskollegen, den übrigen Landräten, zu propagieren.

In der Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich auch mehrere der anwesenden Gewerkschaftsvertreter. Als erster nahm Streine-Sannover, Vertreter des Malerverbandes, das Wort. In Hannover haben Meister und Gehilfen des Malergewerbes vor zwei Jahren einen paritätischen Arbeitsnachweis als Ableitung des städtischen Arbeitsnachweises errichtet und dabei vertraglich verein-

bart, daß die „Vertragsmitglieder“ bei der Vermittlung bevorzugt werden sollen. Nichtvertragsmitglieder werden zwar auch vermittelt, aber erst nach den Mitgliedern. Gegen diese Vereinbarung hat jetzt der Magistrat der Stadt Hannover auf Veranlassung des preussischen Ministers des Innern und des Handels- und Minister's Einwendungen erhoben und die Aufhebung der Vereinbarung verlangt, weil sie ungünstig gegen die Parität verstoße. Gegen den Willen des Malerverbandes ist dann auch dieser Passus aus dem Nachweisreglement gestrichen worden, trotzdem über die seitherige, schon seit zwei Jahren gelübte Praxis noch nie eine Beschwerde geführt worden ist. Dieses Vorgehen der Regierung, so führte der Vertreter der Maler aus, richte sich nicht nur gegen den paritätischen Arbeitsnachweis, sondern gegen die Vertragsfreiheit der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. Wenn diese durch den Anschluß der paritätischen Facharbeitsnachweise an die öffentlichen Nachweise demnach in Gefahr kommen, so würden die Gewerkschaften genötigt sein, ihre Stellung zu den kommunalen Arbeitsnachweisen zu revidieren. Diese Ausführungen wurden von Leipzig zugleich im Namen aller übrigen Gewerkschaftsvertreter nachdrücklich unterstützt. Sie erwiderten, sagte Lepart, eine weitere Förderung der öffentlichen Arbeitsnachweise. Dafür treten auch die Gewerkschaften jetzt einmütig ein. Aber das Ziel ist nur zu erreichen, wenn Sie sich auf das Vertrauen der Arbeiter stützen können. Dazu gehört unter anderem auch, daß Arbeitervertreter mit herangezogen werden. Daran fehlt es sehr, auch auf dem heutigen Kongress. Wären die Gewerkschaftsvertreter nicht hier, so fehlten die Arbeiter beinahe ganz, und der Holzarbeiterverband hat überdies seine Einladung erst erbitten müssen. Stark befreudet hat es uns, als Dr. Freund gestern das Wort von der „Masse der Parität“ gebrauchte, dieses gegen die Gewerkschaften gebrauchte Schlagwort der Gegner aller Parität im Arbeitgeberlager. Eine zukünftige starke Entwicklung der kommunalen Arbeitsnachweise wird möglich sein auf dem Wege über die durch Tarifvertrag zu vereinbarenden paritätischen Facharbeitsnachweise. Wie sind dafür, daß unsere paritätischen Nachweise sich unter bestimmten Bedingungen den städtischen als besondere Fachabteilungen anschließen, nach dem jetzigen Eingreifen der preussischen Regierung können wir diesen Standpunkt aber in Zukunft nicht mehr einnehmen.

Mehrere Kongreßteilnehmer von bürgerlicher Seite nahmen demgegenüber die preussische Regierung in Schutz, da der Anschluß der Unorganisierten von der Arbeitsvermittlung nicht getilgt werden könne. Mit einer Hartnäckigkeit, die geradezu verdaulich wirkt, überfahen alle diese Redner den wichtigen Unterschied zwischen „Verbandsmitgliedern“ und „Vertragsmitgliedern“. Die Gelegenheit dünkte alsdann auch dem Vertreter der Tisch- und Drechslergewerkschaft, Schumacher-Berlin, günstig genug, seinem Haß gegen den paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzarbeiter Luft zu machen. Die große Mehrheit der Holzarbeiter, so jagte er, sei gegen das Obligatorium. Dieses und das dabei geübte strenge Nummernsystem verhalte die große Arbeitslosigkeit in Berlin, insbesondere unter den ansässigen verheirateten Arbeitern. Denn all die früher gemeldeten zugewandten jungen Kollegen würden, da es nach der Reihe geht, zuerst vermittelt. Ohne Obligatorium würde mancher Arbeitsloser schnell Arbeit finden. Dr. Freund hält zwar das Obligatorium für notwendig, wendet sich aber in scharfen Ausdrücken gegen das „blöde Nummernsystem“ und gibt Leipzig den Anlaß, im weiteren Verlaufe der Debatte, als die Redezeit seiner schon auf fünf Minuten beschränkt war, noch kurz darzulegen, daß dieses „blöde“ Nummernsystem, bei welchem ohne jegliche Ausnahme und ohne Rücksicht auf die Qualifikation des Arbeitsuchenden einfach nach der Reihenfolge vermittelt wird, bei keinem paritätischen Arbeitsnachweis im Holzgewerbe angewendet wird. Dagegen ist aber Bedingung für die Benutzung des Arbeitsnachweises, daß der Tarifvertrag erfüllt wird. Die Bevorzugung der Verbandsmitglieder oder gar die Ausschließung der Unorganisierten vom Arbeitsnachweis billigen wir nicht. In Hannover aber handelte es sich nicht um die Zugehörigkeit zum Verband, sondern zum Tarifvertrag, und wir müssen es gerade im Interesse der öffentlichen Arbeitsnachweise bewahren, daß sich keiner ihrer Vertreter unserem Protest gegen die preussische Regierung angeschlossen hat.

In der Debatte nahm auch der Geschäftsführer der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Tänzler-Berlin, zu einer allerdings sehr platonischen Liebeserklärung an die öffentlichen Arbeitsnachweise das Wort, die aber wohl mehr den Personen der scharfmacherischen Richtung im Verband Deutscher Arbeitsnachweise gelten sollte. Dr. Tänzler erkannte die Fortschritte des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises an, aber, so sagte er, auch die Arbeitgebernachweise hätten sich bereits das Vertrauen der beiden Seiten, Unternehmer und Arbeiter, erworben. Der Hamburger Vertreter des Metallarbeiterverbandes konnte ihm darauf mit Recht antworten, daß diese Behauptung von den Arbeitern nur mit Schmalen aufgenommen werden würde. Einen schwerwiegenden Vorwurf gegen die kommunale Arbeitsvermittlung erhob der Delegierte Wierer von der Hamburger Zehnstelle des Holzarbeiterverbandes. Der Verband müßte während des großen Streiks im vorigen Jahre einen Raum zurückeröffnen, der durch einen auswärtigen kommunalen Nachweis nach Hamburg vermittelt wurde, aber nicht gewillt war, den Streikbrecher zu machen. Eine Antwort auf diese Beschwärde erfolgte bezeichnenderweise von keiner Seite.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten zwei Referate von Amtmann Dr. Hausmann-Stuttgart und Streber-Münster, Geschäftsführer des Verbandes Westfälischer Arbeitsnachweise, über „Arbeitsnachweise und Fürsorge für die wandernden Arbeiter“. Beide Redner behandelten die Aufgabe und die Entwicklung der sogenannten Wanderarbeitsstellen, der ehemaligen „Verpflegungskationen“. In den Referaten wie auch in der anschließenden kurzen Debatte wurde betont, daß die Wanderarbeitsstellen überall in Verbindung zu bringen seien mit den Arbeitsnachweisen. Gegenüber der landläufigen Einsäuerung der Wanderer als „Pöbel“ und „Strolch“ war es von Interesse, daß der Landeshauptmann von Westfalen, Dr. Hammerichmidt-Münster, mit

erfreulichem Nachdruck betonte, unter den Wandernden seien doch auch sehr viele tüchtige Leute, die durch Arbeitslosigkeit auf die Landstraße getrieben wurden und sich recht schaffen nach Arbeit bemühen. Irigendwelche Beschlüsse wurden zu keinem der verhandelten Gegenstände gefaßt. Die Kongresse sollen nur der gegenseitigen Aussprache dienen, um die gesammelten Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen entgegenzunehmen. Es hat sich aber in Hamburg aufs neue gezeigt, daß die Bedeutung der Verhandlungen dieses Kongresses weit über das interne Interesse der öffentlichen Arbeitsnachweise hinausreicht. Eine starke Beteiligung der Gewerkschaften, die der ganzen Arbeitsnachweisfrage gar nicht genug Aufmerksamkeit widmen können, ist daher für die Zukunft sehr zu empfehlen.

**Die Fleischnot.** Lange und intensiv hat die Regierung über die Fleischnot nachgedacht, um sich schließlich aufzurufen und entgegen den Wünschen der Agrarier anzuerkennen, daß die Fleischlieferung eine schwere Belastung weiterer Volkskreise herbeigeführt hat. In den Mitteln, welche die preussische Regierung anwenden will, um der Not zu steuern, zeigt sie aber, daß sie gut weiß, wie weit sie gehen kann, ohne den Born der agrarischen Lebensmittelwucherer zu wecken. Die Erklärung der Regierung, welche die Maßnahmen bekannt gibt, die zur Bekämpfung der Fleischnot ergriffen werden sollen, ist recht umfangreich, aber die Mittel selbst sind sehr bescheiden. Die Regierung handelt nach dem bewährten Grundsatz, den Belg zu waschen, ohne ihn nah zu machen. Den großen Städten soll die Einfuhr von frischem Fleisch in beschränktem Maße gestattet werden, vorausgesetzt, daß das Fleisch zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzt, möglichst niedrigen Preisen verkauft wird. Ferner sollen die Eisenbahntarife für frisches Fleisch, für Vieh und auch für Futtermittel herabgesetzt werden, und schließlich soll den Gemeinden, die Fleisch aus dem Auslande auf eigene Rechnung einführen, der Zoll bis zu einem gewissen Betrage zurückerstattet werden. Für diese letztere Maßnahme ist allerdings ein Reichsgesetz erforderlich, welches die preussische Regierung beim Bundesrat beantragen will.

Alle diese Maßnahmen sollen nur vorübergehend gelten und nicht für ganz Preußen, sondern nur für die großen Städte. Einige Wirkung dürften sie wohl haben, aber nicht viel mehr als der Tropfen auf den heißen Stein, und das auch dann, wenn die übrigen Bundesstaaten Verfügungen gleichen Inhalts erlassen. Von der einzig wirksamen Hilfe, nämlich der Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes, welcher die Einfuhr überseeischen Fleisches verbietet, und von der Aufhebung der Fleischzölle will die Regierung nichts wissen. Das deutsche Volk soll auch künftig den Fleischgenuss als einen Luxus betrachten. Die Forderung auf Einberufung des Reichstages, welche nicht nur die sozialdemokratische Fraktion, sondern auch eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen erhoben, hat der Reichstagsler zunächst unbeachtet gelassen, erst durch ein vom 28. September datiertes Schreiben hat er der sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt, daß er ihre Eingabe wegen Einberufung des Reichstages durch die Bekanntgabe der Beschlüsse der preussischen Regierung für erledigt betrachte.

Die ganzen wochenlangen Beratungen im Schoße der Regierung hatten lediglich den Zweck, Mittel zu erfinden, die den Anschein erwecken, als ob etwas gefesse, obwohl im Grunde genommen alles beim alten bleibt. Die papierernen Erlasse der Regierung machen aber das Volk nicht satt; sie können nur die Wirkung haben, daß zu dem Born über die agrarische Hungerpolitik der Regierung die Entrüstung über den Born kommt, mit dem das hungernde Volk traktiert wird.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Oktober beträgt: in G. u. M. Lügnakloster, Witten 80 Pf., in Castrop, Deutsch-Billa, Schmölln 70 Pf. und in Glash 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 40. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

In Breichen und Gengenbach wurden neue Zahlstellen gegründet.

Die Sektionen der Musikinstrumentenarbeiter wollen wir nochmals darauf aufmerksam machen, daß Anträge zu ihrer am 17. und 18. November in Berlin stattfindenden Brauchentouren bis zum 15. Oktober an den Vorstandsvorsitzenden einzureichen sind.

Am 1. Oktober d. J. sind die vom Verbandstag in Berlin beschlossenen Statutenänderungen in Kraft getreten. Wir geben dieselben, von den nur redaktionellen Änderungen abgesehen, hiermit nochmals zur Information der Mitglieder bekannt:

- § 13. (Neuer Abj.) Diejenigen Zahlstellen, welche einen Lokalarbeitrag von 10 Pf. wöchentlich und darüber erheben, haben von je 5 Pf. Lokalarbeitrag einen Pfennig an die Hauptkassa abzuführen.
- § 18 Abj. 2. Mitglieder, welche innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beigetreten sind, kann usw. (Die gleiche Änderung ist erfolgt in § 23 Abj. 2 und § 31 Abj. 2. Die Worte „der Ablauf des 17. Lebensjahres“ sind hier gestrichen, weil solche Kollegen als jugendliche Mitglieder beitreten können.)
- § 23. (Zwei neue Abj.) Jugentlichen Mitgliedern kann in diesen Fällen die Hälfte ihrer Unterstützung ohne Einhaltung einer Wartezeit gewährt werden.
- Mitglieder, welche in den letzten 60 Wochen vom Reise- oder Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, aber noch nicht ausgereist sind, haben bei der Durch Streich oder Maßregelung bedingten Abreise außer dem Reiz ihrer

Unterstützung bis zur Aussteuerung gleichfalls noch die außerordentliche Reiseunterstützung bis zu 36 Mk. zu beanspruchen.

§ 51 Abs. 2. (Zusatz.) Ebenso steht jugendlichen Mitgliedern die Hälfte ihrer Unterstützung ohne Wartezeit zu. § 71. Mitglieder, welche infolge ihres Eintretens für vom Verband anerkannte Arbeitsbedingungen arbeitslos werden, können gleichfalls als Gemahregelte unterstützt werden, sofern der Verwaltung vor Verlassen der Arbeit Gelegenheit zur Verhandlung mit dem Arbeitgeber gegeben worden ist. Für die Unterstützung solcher Mitglieder sind die Bedingungen für die Gewährung der Streikunterstützung (§ 51) maßgebend.

§ 78. Beim Ableben eines ledigen Mitgliedes, welches Ernährer von Angehörigen war und mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann den betroffenen Angehörigen eine Unterstützung in Höhe von 25 Mk. gewährt werden.

§ 81. Die Unterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied an dem neuen Wohnort nachweisbar Beschäftigung gefunden hat. Hat der Wechsel des Arbeitsortes schon vor demjenigen des Wohnortes stattgefunden, so darf die Unterstützung nur dann gewährt werden, wenn der Zeitraum zwischen dem Arbeits- und Wohnortwechsel nicht über 12 Monate beträgt. Das gleiche gilt auch für den umgekehrten Fall. Derjenige Wechsel (des Arbeitsortes oder des Wohnortes), welcher zuerst erfolgte, ist bestimmend für die im § 80 vorgesehene Karenzzeit und die Höhe der Unterstützung.

§ 82. Die Unterstützung muß vor dem Verlassen des Wohn- und Arbeitsortes bei der dortigen Lokalverwaltung beantragt werden; die Auszahlung erfolgt nach vollzogenem Umzug, d. h. nach dem Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes, durch die Lokalverwaltung des neuen Wohnortes. Werden die Umzugskosten vom Arbeitgeber entschädigt, so steht dem Mitglied kein Anspruch auf Umzugsunterstützung zu.

§ 83. Werden verheiratete Mitglieder durch einen Streik, eine Aussperrung oder Maßregelung genötigt, den Ort zu verlassen, so entscheidet der Verbandsvorstand auf Antrag der Lokalverwaltung über Gewährung und Höhe der Umzugsunterstützung.

§ 89. Weibliche und jugendliche Mitglieder haben nur Anspruch auf die Hälfte sämtlicher Unterstützungen. Bei Streiks oder Aussperrungen kann der Vorstand weiblichen Mitgliedern über 17 Jahre bis zu zwei Dritteln der ordentlichen Höhe der Streikunterstützung gewähren.

Unterstützungsberechtigte jugendliche Mitglieder, welche zu vollqualifizierenden Mitgliedern umgeschriebener werden, behalten so lange ihre bereits erworbenen Rechte, bis ihnen nach entsprechender Beitragsleistung eine höhere Unterstützung zusteht.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20982 August Kuffe, Tischler, geb. 22. 1. 51 zu Wegendorf.
- 57711 Bruno Körner, Tischler, geb. 18. 10. 62 zu Rohna.
- 356044 Paul Lude, Tischler, geb. 5. 9. 77 zu Wiesenthal.
- 365685 Wilhelm Reibe, Polierer, geb. 10. 2. 84 zu Berlin.
- 386225 H. Kirlein, Stuhlarbeiter, geb. 5. 11. 53 zu Meissen.
- 42414 G. Krog, Holzarb., geb. 19. 1. 90 zu Schönebeck a. E.
- 433942 Robert Richter, Tischler, geb. 19. 4. 90 zu Danzig.
- 44511 Moritz Klüger, Tischler, geb. 5. 1. 80 zu Dresden.
- 47462 Gust. Grotz, Tischler, geb. 22. 6. 76 zu Gelnhausen.
- 48592 Stef. Arguzanowski, Tischl., geb. 22. 3. 73 zu Posen.
- 41142 Johann Dornig, Tischler, geb. 24. 6. 90 zu Wabitz.
- 52287 Emil Oegermann, Tischler, geb. 30. 11. 61 zu Altenhof.
- 521791 G. Scherzer, Feinholzmacher, geb. 10. 3. 95 zu Diepold.
- 549753 Max Ewert, Pol., geb. 12. 9. 84 zu Altmünsterberg.
- 64317 Adam Knapp, Stuhlbauer, geb. 28. 3. 82 zu Weiber.
- 59553 Oscar Schöter, Tischler, geb. 7. 5. 94 zu Wittingen.
- 61843 Erich Jäger, Holzarb., geb. 16. 6. 84 zu Holzminde.
- 619129 A. H. Bauer, Weizer, geb. 27. 6. 89 zu Rothenthal.

Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2. Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Stellmachern.

Im Auftrag der einzelnen Zahlstellen sowie des Gauverbandes in Dresden referierte ich in vier Agitationsversammlungen für die Stellmacher in Dresden, Bautzen, Görlitz und Radberg i. S. Das Thema lautete in Dresden: 'Schnaps und Erfolg im Stellmacherberuf, und welche Pflichten haben wir in Zukunft zu erfüllen?' und in den anderen drei Orten: 'Die Stellmacher im Lichte der modernen Arbeiterbewegung'. Obwohl in manchen Betrieben noch recht rückständige Lohn- und Arbeitsbedingungen anzutreffen sind, macht sich doch durch die Entwicklung zur Holzindustrie ein recht reges Leben in organisatorischer Beziehung unter unseren Berufscollegen bemerkbar. Die gute Konjunktur ermöglicht es auch, überall dort, wo unsere Berufscollegen über eine gute Organisation verfügen, reisende Verbesserungen heranzuholen. Auch die eigenartige, kaum zu erklärende Intelligenzlosigkeit, welche man sie und da entwirft, ist immer mehr im Schwinden begriffen.

Meine Tour begann in Dresden, wo ich am 11. September vor rund 60 Kollegen sprach. Der Versammlungsbuchstabe hatte hier ein besseres sein können, wenn man in Betracht zieht, daß über 200 Berufscollegen am Orte beschäftigt sind. Der Beginn der Versammlung mag durch den frühzeitigen Beginn beeinflusst worden sein, da die Kollegen nicht genügend wach und bereit waren. Nichts desto trotz berührten mich die Ausführungen einiger Disziplinärredner, welche betonten, daß die Verhältnisse in den Holz- und Leinwandbetrieben bessere seien als die in den Fabriken, was mir nachträglich auch durch die Sektionsleitung bestätigt wurde.

Der nächste Tag führte mich nach Bautzen, wo wir fast Jahren eine erprobte Kampfbasis unter unseren Berufscollegen hatten. In der sich hier entwickelnden Autonomiebewegung haben wir leider nicht die Unterstützung der Kollegen wie in der Waggonfabrik. In der Versammlung waren von den rund 150 am Orte beschäftigten Kollegen 70 erschienen. Da die Hälfte der Kollegen in den verschiedenen Betrieben wohnt, fand die Versammlung selbst: Es war gleich nach Arbeitsbeginn stattgefunden.

In Görlitz sprach ich am 17. September vor rund 120 Kollegen. Hier dominiert eine der berühmtesten Waggonfabriken Deutschlands, welche sich seit Jahrzehnten durch ihre außerordentlich niedrigen Stundenlöhne in gewisser Beziehung auszeichnet. Die Arbeiterchaft dieses Betriebes, darunter zirka 160 Stellmacher, hat in diesem Jahre einen 18wöchigen Kampf gegen die Waggonfabrik mit vollem Erfolg durchgemacht. In Görlitz gibt es aber bei den etwa 60-70 noch indifferenten Berufscollegen genügend organisatorische Arbeit, welche die Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen erfordert. Die letzte Versammlung hatte ich am 18. September in Radberg i. S. Von den 20 am Orte beschäftigten Berufscollegen waren 26 nebst einer Anzahl Zischler erschienen. Hier haben es auch die Kollegen verstanden, sich eine Organisation bis auf den letzten Mann zu schaffen.

Wenn nun die Kollegen die in den Versammlungen gelegten Keime zur Frucht entwickeln, wird es ihnen auch gelingen, die noch indifferenten Berufscollegen dem Verbande zuzuführen. Mögen es sich deshalb die Kollegen zur Aufgabe machen, die Ideen der Organisation weiterzutragen in die Kollegenkreise, die heute noch abseits stehen, und der Erfolg dieser Agitation wird nicht ausbleiben. Emil Winkler, Leipzig-Lindenau.

Korrespondenzen.

Apfenrade. In den hiesigen Tischlereien ist seit dem 1. Juli d. J. die 9 1/2 stündige Arbeitszeit in Kraft getreten. Da wir bei unserm Tarifabschluss im vorigen Jahre auf die hiesige Orgelfabrik keinen Einfluß hatten, so mußten wir jetzt versuchen, daß dieser Betrieb auch unserm Tarif angegeschlossen wurde. Auf unser diesbezügliches Schreiben erhielten wir eine ablehnende Antwort. Auch das Vorstelligwerden des Gauvorsitzers führte zu keinem Resultat. Bei der darauf stattgefundenen Hausagitation ist es uns dann gelungen, einen Teil der dort Beschäftigten für den Verband zu gewinnen. Dem folgte eine Versammlung, in der der Vorsitzende der Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter, Kollege W. Weinhold-Hamburg, einen Vortrag über 'Die Lage der Musikinstrumentenarbeiter' hielt. Eine am folgenden Tag gemeinsam mit dem Referenten vorgenommene Hausagitation brachte dann das Ergebnis, daß jetzt sämtliche dort Beschäftigten der Organisation angegeschlossen sind. Jetzt wird und muß es uns über kurz oder lang doch gelingen, unsern Tarif auch dort zur Durchführung zu bringen.

Berlin. (Wergolder.) Die Grundriener-Verlins haben endlich erkannt, daß nur durch die Organisation etwas für sie erreicht werden kann. Selbst in den indifferentesten Werkstellen hat unser Verband Eingang gefunden. In der Versammlung am 23. September wurden eingehend die Mißstände in den Grundrienerkreisen geschildert. Als geradezu skandalös muß es bezeichnet werden, wenn bis vor kurzem noch bei der Firma Selmut Lemke Schulmädchen von 12 bis 14 Jahren mit dem Abnehmen der Leisten beschäftigt wurden, an deren Stelle jetzt ebenso alte Schulknaben an den Nachmittagen diese schwere, gesundheits-schädigende Arbeit verrichten. Für ganze 15 Pf. die Stunde müssen diese Schulknaben an den Maschinen entlang rennen und das in Räumen, die ständig eine hohe Temperatur aufweisen und mangelhaft geheizt und ventiliert sind, einen besonders unangenehm wirkenden stinkmuffigen Geruch entwickeln. In der ausgebreiteten Diskussion wurden noch eine ganze Reihe Beschwerden vorgebracht. Von den Belegerinnen wurde lebhaft Klage geführt, daß gar keine Garderoben vorhanden seien und sie sich an ihren Arbeitsplätzen umkleiden müßten. Um sich fester zusammen zu schließen, sollen auf Antrag aus den Reihen der Kollegen von jetzt ab regelmäßig Grundrienerversammlungen abgehalten werden. Man hofft zugleich, dadurch planmäßig für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirken zu können.

Dielefeld. Bei den am 4., 5. und 6. September stattgefundenen Gewerdegewählwahlen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 6864, auf die der Christen 684 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhielten 10 Weisitzer, die Christen keinen, bisher hatten diese 2 Weisitzer. Das ist die Quittung auf die Treibereien der Christlichen im sächsischen Westfalen.

Dresden. Die Musikinstrumentenarbeiter bekräftigten sich am 19. September in einer sehr gut besuchten Versammlung mit der Branchenkonferenz in Versta. Kollege Sotha hielt das einleitende Referat. Er bezeichnete als wichtigste Punkte der Tagesordnung die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge und die Arbeitsvermittlung. Redner unterzog die jetzt schon bestehenden Verträge einer Kritik. Kollege Fischer begründet 4 Anträge, die sich auf die Tarifverträge, die Arbeitsvermittlung, die Agitation und die Lehrlings- und Junglingsfrage beziehen. Nach längerer Diskussion werden diese Anträge einstimmig angenommen. Als Delegierte werden die Kollegen Sotha und Fischer, als Ersatzmann Göbel gewählt. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Erhebung einer Jahresstatistik und wurde ein von der Sektionsleitung vorgelegter Fragebogen einstimmig angenommen. Nachdem forderte Kollege Sotha die Delegierten auf, das Material des Jugendbildungsvereins recht gewissenhaft unter den Lehrlingen zu verbreiten und überall dafür Sorge zu tragen, daß das Umgehende unterlassen wird, so daß die Arbeitsvermittlung nur durch den Arbeitsnachweis im Volkshaus geschieht.

Eilen. Recht hart scheint es einigen Oberchristen an die Nieren gegangen zu sein, daß ihnen einmal deutlich gesagt worden ist, wie man über sie denkt. Im 'Holzarbeiter' vom 27. September über als Beweis der 'Unverträglichkeit' der Christen der Tarifabschluss in Kray angeführt. Dem Leser wird der Anschein erweckt, als hätten die Christen einmal eine große Bewegung geführt, während sie in Wirklichkeit nur die Geübten waren. Bei einer Verhandlung erwies sich sogar ein Oberchrist als recht ungewissenhaft. Wenn nun die Führer von der schwarzen Kattunart sich in einem Westfalen an die Wand gedrückt glauben, so beweis dies doch nur ihre Unbrauchbarkeit. Auch redet unser 'Arbeiter' von den Verhältnissen bei Radbergs u. Rüdter. Hier beschloß der Christen mit uns in einer gemeinsamen Versammlungsrede, daß die Heberstunden des Morgens

vor Anfang der Arbeitszeit nicht mehr gemacht werden sollen. Zum besseren Geschmaek der Sache sind auch noch die Christen die Antragsteller. Einige Tage später aber machen unsere Christen ihre Heberstunden des Morgens ruhig weiter. Infolge der hier erwiesenen Unzuverlässigkeit lehnten unsere Kollegen das weitere gemeinsame Verhandeln mit Recht ab. Zur übrigen haben wir guten Grund, den Christen bei Tarifabschlüssen auf die Finger zu zeigen. Die Vorgänge innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung, vor allem der Verrat der Vergarbeiter, lassen deutlich erkennen, wohin die Reise geht, und manches christliche Mitglied wird in der Zukunft noch recht enttäuscht sein von der 'christlich-nationalen' Arbeiterbewegung.

Sagen i. M. In unserer Nr. 35 haben wir eine Notiz aus Hagen gebracht, die sich mit den Zuständen in der dortigen Hospianofabrik von Schmitt beschäftigte. In dieser Notiz war auch Herr Gilbert, Teilhaber der Firma Winklermann u. Co., Hospianofabrik in Eisenberg, genannt. Im Hinblick auf diese Bemerkung sendet uns Herr Gilbert das nachfolgende Schreiben, welches wir um so lieber abdrucken, als es in mancher Beziehung recht interessant ist:

An die Redaktion der 'Holzarbeiter-Zeitung', Berlin.

In Ihrer Zeitung (Nummer unbekannt) machen Sie mir den Vorwurf, mich in Lohnangelegenheiten der Hospianofabrik Carl Schmitt in Hagen i. Westfalen hineingemischt zu haben und daß die Lohnverhältnisse genannter Firma durch meine Schuld schlechte seien, indem ich behauptet haben soll, die Arbeitslöhne der Firma C. Sch. seien viel zu hoch. Ich ersuche Sie daher höflich auf Grund des einschlägigen Preßparagrafen, diesen meinen Brief in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Ich muß zugeben, bei der Firma C. Sch. einige Tage auf Besuch gewesen zu sein, bei welcher Gelegenheit mich Herr Schmitt bei, doch einmal seine Fabrik zu besichtigen. Ich habe das auch getan und fand, daß die Arbeiter zum Teil Klagen einnahmen, die nach meiner Ansicht und Erfahrung nicht ganz günstig für die betreffenden Leute waren. Auch machte ich Herrn Sch. darauf aufmerksam, daß bei einer anderen als der bisherigen Arbeitseinteilung die Firma sowie auch die Arbeiter Nutzen ziehen könnten. Herr Sch. war dann auch sofort damit einverstanden, daß die Arbeitsplätze nach meiner Angabe eingeteilt wurden. Durch diese Einteilung haben und müßten die Arbeiter auch unbedingte Vorteile erzielen. Was die damals bestehenden Akkordlöhne anbetrifft, so sagte mir Herr Schmitt, ich möchte dieselben doch einmal mit denjenigen, die in Eisenberg bezahlt wurden, vergleichen. Dies geschah auch und empfahl ich Herrn Sch., unsere Eisenberger Akkordlöhne zugrunde zu legen und je nachdem es die betreffende Arbeit erfordert, sowie in Anbetracht der teureren Lebensverhältnisse in Hagen 15-20 Proz. auf die Eisenberger Akkordlöhne daraufzuschlagen und das Ergebnis als Akkordlohn für seine Fabrik einzuführen. Ich habe Herrn Sch. auch nachgewiesen, daß seine Leute, wenn sie genau jobiel leisten wie in Eisenberg, sehr gut pro Woche 36 bis 40 Mk. verdienen könnten. Ob diese damals festgesetzten Preise eingeführt worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis, da ich, ehe die neuen Einteilungen getroffen worden, abreisen mußte.

Durch diesen meinen Brief will ich Ihnen Gelegenheit geben, Ihre Behauptung, die Sie in Ihrem Artikel betreffend die Firma C. Sch. i. S. über meine Person aufstellten, richtigzustellen.

Hochachtungsvoll

Paul Gilbert,

Teilhaber der Hospianofabrik Winklermann u. Co.

Holzminde. In der Holzwarenfabrik Fr. Ulrich beträgt die Arbeitszeit vom 15. Oktober bis Ende Dezember pro Tag 12-16, ja sogar 18 Stunden, gewöhnlich wird Sonnabend früh 6 Uhr angefangen und Sonntag früh 6 Uhr aufgehört, also 24 Stunden in einer Tour geschafft. Von Anfang Januar bis März arbeitet der Betrieb 6 bis 8 Stunden täglich, von April bis September 5 1/2 Stunden pro Woche. Der Lohn ist pro Stunde 16 bis 25 Pf. Spezialarbeiter, wie Fräser und Ladiere, sowie Schmaroker verdienen im Akkord 26 bis 28 Mk. pro Woche. Höchstgrenze für den Stundenlohn ist für den ganzen Betrieb 25 Pf. Die Arbeitszeit sowohl wie der Lohn hängt von der Willkür des Fabrikanten ab. Eine Einwirkung auf Besserstellung der Kollegen ist bis jetzt immer festgeschlagen, einestheils an dem Schmarokerium, andernteils an der Zaghaftigkeit der beschäftigten Arbeiter. Sollten trotzdem Kollegen gewillt sein, herzukommen, um auch endlich in diesem Betriebe Wandel zu schaffen, so sind alle diejenigen, die es ernst mit den Bestrebungen des Verbandes meinen, herzlich willkommen. Versammlungen finden demnächst statt für den Bezirk Görlitz, am 5. Oktober, abends 8 Uhr, bei Henschel, Bezirk Weibern am 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Uebe, Bezirk Mählenberg am 20. Oktober, abends 6 Uhr, bei Dörries. In allen Versammlungen spricht ein auswärtiger Kollege.

Kaufbeuren. Während hier unter der Wirkung des im Vorjahre erneuerten Tarifvertrages in den meisten Werkstätten geordnete Zustände herrschen, gibt der Schreinermeister Lohr immer wieder Anlaß zu Klagen. So gab erst kürzlich ein Maschinenarbeiter nach 24jähriger Tätigkeit im Betriebe seine Arbeitsstelle auf, weil ihm für eine angeblich verdorbene Arbeit 6 Mk. vom Lohn gekürzt wurden. Da hier ein Verschulden des mit diesem Abzug Bedachten nicht vorlag, legte sich der Verband ins Mittel und erhielt der Betreffende denn auch das Geld nachbezahlt. Allen 18-jährigen Schreiner traktierte der Meister erst mit allerhand Kosenamen und schließlich noch mit einer Ohrfeige, worauf auch dieser die unglückliche Stelle verließ. Nun ist aber diese Wunde schon ohnedies ein Taubenschlag und wir empfehlen deshalb den Kollegen, die jetzt so zahlreich auf ihrer Wandertour von München, Augsburg, Lindau oder Füssen kommend, unseren Ort kreuzen müssen, vor Arbeitsannahme bei Herrn Lohr bei der hiesigen Ortsverwaltung zu melden.

Köln. Die Parteilosigkeit auswärtiger Zahlstellen, welche in Köln arbeiten ausführen, sind verpflichtet, ihre Hilfsarbeiten aus den Reihen der arbeitslosen Schreiner in Köln zu entnehmen. Auf unserm Bureau können

jederzeit geeignete Arbeitskräfte nachgewiesen werden. Am liebsten Differenzen mit dem hiesigen organisierten Kartellgebern zu vermeiden, ersuchen wir dringend, nach diesem Beschlusse zu handeln.

In der letzten Versammlung der Vergolder wurde der Bericht über den Ausgang des Kampfes bei Weisem u. Pieper beifällig aufgenommen. Dagegen wurde lebhaft Klage geführt über die Kollegen der Firma Schulz u. Co., welche die meisten Ueberstunden machen. Wenn ihr Verdienst nicht reicht, so müsse er auf andere Art und Weise geregelt werden. Aber die Kollegen kommen teils wenig, teils gar nicht zur Versammlung. Einem Wunsche der Zentralkommission, ihr von jeder Versammlung Bericht zu unterbreiten, soll stattgegeben werden.

Reipzig. Die Gummidrechsler hielten am 8. September eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Weitzmann hielt einen interessanten, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der Branche in der Vergangenheit und Gegenwart. Anschließend daran wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die ausspricht, daß nach den Erfahrungen des 1900er Streits die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gummibranche nur auf zentraler Grundlage gebessert werden können und deshalb der Hauptvorstand ersucht wird, die Einberufung einer Konferenz zu veranstalten, damit eine dahingehende Aussprache stattfinden kann. Die Kollegen Deutschlands werden aufgefordert, sich ebenfalls dazu zu äußern. Am Schlusse der Versammlung wurden die Kollegen vom Vorsitzenden an die Bestimmungen der Arbeitsvermittlung erinnert, da dieselben in letzter Zeit von einigen Kollegen umgangen worden sind.

Neuruppin. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt unser Verbandskassierer, Kollege König, einen lehrreichen Vortrag über: „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“. Troßdem alle Kollegen mittels Rundschreiben besonders eingeladen waren, hatte sich doch nur der dritte Teil der Mitglieder eingefunden. Das läßt auf wenig Interesse schließen. In diesem Falle hätte doch keiner fehlen dürfen. Einmal im Monat sollte doch jeder Kollege einen Abend für den Verband frei machen können, denn nur geschlossenes Vorgehen kann uns zum Ziele führen.

Sangerhausen. In der letzten Mitgliederversammlung wurde unter anderem die Möbelfabrik von F. A. Braun einer Kritik unterzogen. Obgleich die Kollegen oft stundenlang auf ihr Holz warten müssen, stellt die Firma immerwährend noch Tischler ein, die dann nach kurzer Zeit, wenn sie nicht weiter können, den Betrieb wieder verlassen. Es liegt hauptsächlich an der Furniererei, hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn noch eine Presse angeschafft wird und bessere Löhne gezahlt werden. Gerade in der Furniererei werden die niedrigsten Löhne gezahlt. Wie die Kollegen in der gegenwärtigen Feuerung mit 14, 16 und 18 Mk. pro Woche auskommen sollen, müßte doch auch der Firma ein Rätsel sein. Sorge nun jeder Kollege dafür, daß die Versammlungen besser besucht werden. Jeder von auswärts kommende Kollege muß unbedingt sich vor dem Arbeitsuche bei der Lokalverwaltung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterrichten. Nur auf diese Weise kann Abhilfe geschaffen werden.

Stuttgart. (Modellschreiner.) Der hier bisher günstige Geschäftsgang hat sich unerwartet schnell in das Gegenteil verwandelt und haben wir gegenwärtig eine ganze Anzahl Arbeitslose zu verzeichnen. Wir ersuchen die Kollegen, Stuttgart nicht so sehr zu überlaufen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß das Umschauen streng verboten ist. Die Vermittlung erfolgt nur durch das städtische Arbeitsamt.

Waldburg i. S. Am 21. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Troßdem die Tagesordnung eine sehr reichhaltige war, ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Für die Versammlungsschwärmer gibt es immer eine Ausrede, dem einen ist es zu weit, dem andern dauert's zu lange u. a. m. Nun können wir aber nicht erst abwarten, bis uns die Meister das Messer an die Kehle setzen und uns zwingen, Versammlungen abzuhalten, die stark besucht sind. Daß sie schon angefangen haben, hat die Diskussion bewiesen. Kaum ist der Sommer verstrichen und mit ihm die gute Konjunktur, so werden auch schon diejenigen, welche für die Organisation tätig waren, auf die Straße gesetzt. Das brauchen natürlich nicht vorzukommen, wenn die Kollegen unter sich etwas einiger wären. Also, Kollegen, aufgewacht und gearbeitet, bis keiner mehr die Versammlung schwärmt. Dann müssen wir die Kollegen auch noch auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam machen, welcher sich beim Kollegen Bruste in Altwasser, Bergstr. 7, befindet, daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Das Umschauen ist hier streng verboten.

Wismar. Mangels anderen Stoffes hat die Girsch-Dundersche „Eiche“ ihrem hiesigen „Geld“ über eine Spalte Raum zur Verfügung gestellt, damit er seinen Verrag darüber auslassen kann, daß er in einem Beleidigungsprozeß gegen einen zu uns übergetretenen Kollegen 72 Mk. Kosten aus eigener Tasche bezahlen mußte, während jenem Gegner der auf ihn entfallende, allerdings geringere Betrag von unserer Lokalkasse gedeckt wurde. Das mag schmerzlich sein, aber so geht es, wenn man wegen des Vorwurfs, daß man die Kollegen beim Meister schlecht macht, glaubt, zum Kadi laufen zu müssen. Im übrigen lassen wir den Verichterhatter gern mit seinem „Schmierfinken“ allein.

**Unsere Lohnbewegung.**

Zu Bernau ist es gelungen, mit der vor Jahresfrist hier eröffneten Nähtischfabrik von Nees einen Vertrag abzuschließen. Neben Schaffung eines Akkordtarifes wurde für alle im Lohn beschäftigten Kollegen eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde erreicht. Am 1. September 1913 und 1914 tritt eine nochmalige Erhöhung um je 2 Pf. ein. Ferner wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde auf 53 Stunden herabgesetzt, und vom 1. April 1913 ab beträgt diese 52 Stunden mit Lohnausgleich. An den Kollegen wird es nun liegen, die Erzeugnisse voll zur Geltung zu bringen; deshalb müssen die Kollegen der Organisation ein weit größeres Interesse entgegenbringen. Sehen doch gerade die Hilfsarbeiter, welche noch nicht lange der Or-

ganisation angehören, was zu erreichen ist, wenn man mit den Tischlerkollegen solidarisch zusammenhält. Auch an die übrigen Kollegen unserer Zählstelle appellieren wir, mehr wie bisher den Verbandspflichten nachzukommen. Mögen alle persönlichen Meinereien beiseite bleiben; denn die im nächsten Jahre ablaufenden Verträge, an denen auch wir beteiligt sind, erfordern eine enge Arbeiterschaft.

In Bischofswerda ist es mit der Weisendelfabrik Meier u. Cie. auf dem Verhandlungswege zu einem Vertragsabschluss gekommen. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde auf 55 Stunden verkürzt. Als wichtige Erzeugnisse gilt die Festlegung eines Minimallohnes für Maschinenarbeiter. Derselbe beträgt 35 Pf. und steigt innerhalb der Vertragszeit auf 30 Pf. Die Stundenlöhne steigen insgesamt um 6 Pf. Die Akkordpreise werden sofort um 5 Proz. erhöht. Um nun das Erzeugnis auch hochhalten zu können, ist es dringend notwendig, daß die Organisation in diesem Betrieb in Zukunft noch gestärkter dasteht wie bisher. Im benachbarten Grobhartau werden in der dortigen Möbelfabrik noch Stundenlöhne von 25 bis 28 Pf. gezahlt. Die Kollegen sind natürlich nicht organisiert. Hier haben die Kollegen aus Bischofswerda durch ihren Vertragsabschluss gute Gelegenheit, mitzuarbeiten, damit auch den Unorganisierten in Grobhartau endlich einmal klar wird, daß wir nur durch die Organisation vorwärts kommen können.

In Hamburg haben die Vergolder und Goldleistenarbeiter bei vier Firmen ihre Forderungen zur Anerkennung bringen können. Bei einer der größten Firmen kam es zur Arbeitseinstellung. Alle Hausmeister und Vorarbeiter stellten sich einmütig auf die Seite der Streikenden. Nach vierstägiger Dauer des Streiks ist nun ein Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen worden. Bei der größten Firma wird die wöchentliche Arbeitszeit von 50 1/2 Stunden sofort auf 53, nach einem Jahre auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. Neben dem Lohnausgleich werden die bestehenden Wochenlöhne um 1,50 Mk. erhöht. Der geforderte Mindestlohn von 57 Pf. pro Stunde für Gehilfen über 21 Jahre wurde anerkannt. Für Gehilfen bis zum 21. Lebensjahr beträgt der Mindestlohn 50 Pf. pro Stunde. Die Akkordpreise werden um 5 Proz. erhöht. Für Ueberstunden werden 15 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 30 Pf. Aufschlag sowohl bei Lohn- wie bei Akkordarbeit bezahlt. Die Fabrikanten haben ferner den paritätischen Arbeitsnachweis für die Hamburger Holzindustrie als Vermittlungsstelle anerkannt. Diese erfolgreiche Bewegung hat allen in der Goldleistenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern die Augen geöffnet. Durch ihren Beitritt zur Organisation dokumentieren sie, daß im Deutschen Holzarbeiterverband ihre Interessen am besten gewahrt werden. In der Bewegung stehen noch die Arbeiter von der Goldleistenfabrik von Wahr u. Gehrens, Altona, Lagerstraße. Zugzug von Vergoldern ist noch fernzuhalten.

Die Mühlenbauer sind durch eine von den Metallarbeitern allgemein in den Maschinenfabriken geführte Lohnbewegung in Mitleidenschaft gezogen worden. Da das Ergebnis derselben jedoch für sie recht mager ausfiel, stellten sie in mehreren Betrieben weitergehende Forderungen. In der Mühlenbauerei Gunkauf u. Wille in Dittensen kam es zu einem zweiseitigen Streit. Dieser brachte eine Lohnerhöhung von 2 Pf. die Stunde und eine einigermaßen befriedigende Regelung der Akkordpreise. Nicht bedauerlich war bei diesem Kampfe, daß die Firma recht viele Arbeitsangebote von außerhalb erhielt. Das läßt auf eine recht mangelhafte Organisation der Mühlenbauer schließen. Die hiesigen Kollegen haben eine Sektion gebildet. Zuschriften sind zu richten an Karl Mehnes, Hamburg 35, Wendensstraße 370, I rechts.

In Köln hat der Streik der Vergolder bei Weisem u. Pieper gar bald zu einer Einigung dahingehend geführt, daß die Firma das Heimarbeitersystem für aufgehoben erklärte. Damit war nun die Tätigkeit des Heimarbeiters Markus natürlich auch erledigt. Daraufhin wurde die Arbeit am 17. September wieder in vollem Umfange aufgenommen. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, weil er von Kollegen erzwungen wurde, die infolge eines im Jahre 1905 in diesem Betriebe verloren gegangenen Streiks monatelang auf dem Pflaster liegen mußten und auch in den übrigen Betrieben keine Aufnahme fanden. Es ist uns auch erst in den letzten zwei Jahren wieder gelungen, hier festen Fuß zu fassen und mit Stolz können wir sagen, daß die sämtlichen 51 Kollegen in dem drei- bzw. viermögigen Streik geschlossen ausgehalten haben. Der Vergolder Roggendorf dagegen, der im Betriebe als Arbeitswilliger blieb, hat jetzt das Feld räumen müssen. An alle Kollegen Deutschlands aber richten wir die Bitte, sich zunächst an die hiesige Verwaltung zu wenden, bevor sie Arbeit annehmen.

In Pillnitz bei Dresden haben die Kollegen der Tischlerei Steinmüller am 27. August die Arbeit eingestellt, weil der Inhaber jede auch noch so bescheidene Aufbesserung ablehnte. Die Stundenlöhne sind weit unter den ortsüblichen, die Akkordsätze gehen bis auf ein Viertel anderer Betriebe herab. Stehendgeblieben sind nur zwei jugendliche Tischler, die mit dem Werkführer verwandt sind. Die Firma sucht durch Inzerate Leute heranzuziehen. Anständige Kollegen werden aber den Betrieb bis zur Beilegung der Differenzen meiden.

In Reinholdshain bei Glauchau wurde mit dem Dampffägewerk Wilhelm Jahr ein Tarifvertrag mit Gültigkeit bis zum 30. Juni 1916 abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird sofort von 60 auf 58 Wochenstunden herabgesetzt. Der Mindestlohn beträgt für Schneidemüller und ständige Maschinenarbeiter 23,50 Mk. steigend am 1. September 1913 und 1914 auf 24 bzw. 24,50 Mk., für Beschütter an den Galtern 21 Mk., steigend in gleicher Weise auf 22 Mk. Platzarbeiter und Hilfsarbeiter an anderen Maschinen im Alter von 18 bis 22 Jahren erhalten 18,50, steigend auf 19,50 Mk., ältere 20, steigend auf 21 Mk. im dritten Vertragsjahr. Arbeiter, die noch nicht in Sägewerken gearbeitet haben, müssen diese Mindestsätze spätestens nach dreimonatiger Beschäftigung erhalten. Wer jetzt schon über dem Mindestlohn steht, bekommt eine dreimalige Zulage von je 50 Pf. Die jetzt vorgenommene Neuregelung bringt einzelnen Arbeitern Lohnerhöhungen bis zu 7,50 Mk. die Woche. Der erzielte Fortschritt ist

um so höher zu bewerten, als er dank des verständigen Entgegenkommens der Firma auf friedlichem Wege erreicht werden konnte.

In Miesä haben nach dem annehmbaren Vertragsabschluss mit der „Sächsischen Möbelfabrik“ auch die Kollegen in den Innungsbetrieben und den Glaserien Forderungen gestellt. Die Arbeitszeit schwankte hier bisher noch zwischen 58 1/2—60 Stunden wöchentlich. Ebenso rückständig und unterschiedlich waren auch die Lohnverhältnisse. Es galt also hier Ordnung in diese Verhältnisse hineinzubringen. Das erlangte schließlich auch die Tischlerzwangsinnung an. Es kamen Verhandlungen zustande mit dem Resultat, daß ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen wurde. Die Arbeitszeit wurde gegenwärtig auf 58 Stunden festgesetzt und wird jedes Jahr am 1. April um 1 Stunde verkürzt, bis 1915 die 58stündige Arbeitszeit erreicht ist. Weiter wurde ein Durchschnittslohn von 42 Pf. pro Stunde vereinbart. Derselbe steigt innerhalb der Vertragsperiode auf 48 Pf. Die Stundenlöhne werden sofort und jedes Jahr am 1. April um 2 Pf. pro Stunde, insgesamt also um 8 Pf., erhöht. So hat diese erstmalige Tarifbewegung in Miesä einen hübschen Erfolg für die Kollegen gezeitigt. Hoffentlich verstehen die Kollegen diese Tatsache zu würdigen und sorgen durch ihre Agitation unter den noch Fernstehenden dafür, daß unsere Macht immer größer wird und wir das Erzeugnis jederzeit hochhalten können.

In Tangermünde befinden sich die Korbmacher in einer Lohnbewegung. Wir bitten, den Zugzug fernzuhalten.

**Ausland.**

In New York befinden sich die Musikinstrumentenarbeiter im Streik, um eine 10prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Der Kampf wird von der vereinigten Piano-, Orgel- und Musikinstrumentenarbeiter-Union geführt. Nach Meldungen in der Tagespresse sollen sich 30 000 Arbeiter im Streik befinden; diese Zahl ist aber anscheinend sehr übertrieben, denn nach unserer Information gibt es in New York um Umgebung nur etwa 6000 Pianomacher.

**Aus der Holzindustrie.**

Die Brandgefahr in der Zelluloidindustrie wird immer noch nicht genügend gewürdigt. Bei manchen Unternehmern findet man eine Gleichgültigkeit gegen die den Zelluloidarbeitern drohende Gefahr, die nur mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden kann. Es muß allerdings auch zugegeben werden, daß manche Arbeiter durch ihr eigenartiges Verhalten den Widerstand der Unternehmer gegen ausreichende Schutzmaßnahmen noch stärken. Hat doch erst kürzlich die Girsch-Dundersche „Eiche“ ein an die Weisheit des berühmten Doktor Eisenbart erinnerndes Mittel zur Verhütung von Zelluloidbränden mitgeteilt. Danach ist das Entstehen eines großen Brandes bei einiger Vorsicht ganz ausgeschlossen; man muß nur das erste Flämmchen sofort ausdrücken, dann ist jede Gefahr beseitigt!

Wenn ein Blatt, das den Anspruch erhebt, auch Arbeiterinteressen zu vertreten, solche Ansichten zum besten gibt, dann kann das Verhalten der Unternehmer nicht mehr wundernehmen. Kürzlich hat der Berliner Polizeipräsident eine Verordnung erlassen, welche für alle Betriebe, in denen Zelluloid in Mengen von mehr als 50 Pilo gelagert wird, die Anzeigepflicht vorschreibt. Gegen diese Verordnung laufen die Unternehmer Sturm. In ihrem Fachorgan, die „Zelluloid-Industrie“, werden die Fabrikanten aufgefordert, sich gegen die Polizeiverordnung, durch welche eine stärkere Ueberwachung der Betriebe ermöglicht werden soll, energisch zu wehren. Das Blatt hält eine solche Ueberwachung nicht für erforderlich und begründet seine Auffassung so: „Jedes größere Geschäft, welches in breiterem Umfange Zelluloidwaren führt, ist sich der damit verbundenen Gefahr vollständig bewußt und wird zweifellos schon im eigenen Interesse alle Vorsichtsmaßnahmen treffen, um jede Brandgefahr auszuschließen.“

Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, lehrt deutlich ein Brand, der am 10. September in der Deutschen Zelluloidfabrik A.-G. in Eilenburg ausgebrochen ist. Beim Auswechseln des Kohlenstiftes in der elektrischen Bogensampe war der noch warme Stift auf unten lagerndes Zelluloid gefallen. Dieses entzündete sich und alsbald war der riesige Arbeitsaal ein Flammenmeer. Arbeiter sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen, aber die äußerst wertvollen Maschinen sind vernichtet. Der Materialschaden wurde auf 600 000 Mk. geschätzt. Die Schuld an diesem Brand trägt die in dem Betriebe übliche unterantworliche Gehe. Nach der bestehenden Vorschrift sollen beim Auswechseln der Kohlenstifte sämtliche Lampen ausgeschaltet werden. Aber dadurch geht Zeit verloren, deshalb wird die Vorschrift nicht beachtet. Es bedarf dann nur eines unglücklichen Zufalls und das Malmere ist da.

Der Brand in Eilenburg zeigt wieder einmal, wie dringend notwendig die von den beteiligten Organisationen geforderten Schutzmaßnahmen sind, deren Berechtigung auch der Reichstag anerkannt hat. Hoffentlich wird, wenn demnächst die Petition wieder eingereicht wird, sich auch der Hohe Bundesrat nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß.

Aus Finnland. Die kleine Organisation der finnländischen Holzarbeiter hat in diesem Jahre einige bedeutende Kämpfe zu bestehen. Am 8. Juni begann ein Streik der Möbelschleifer in Neaborg, an dem 40 Verbandsmitglieder beteiligt waren. Dieser Kampf ist nach mehrwöchiger Dauer erfolgreich beendet worden. Ebenso führte auch der Streik der Möbelschleifer in Björneborg, wo 20 Verbandsmitglieder im Kampf standen, zu einem vollständigen Siege. Gegenwärtig werden hartnäckige Kämpfe geführt in Kymmene und in Gelsingfors.

In K h m e n e ereignet sich der Streik auf die Papier- und Holzstofffabriken. In diesen Fabriken besteht der ununterbrochene Betrieb und im Jahre 1908 war es gelungen, die achtstündige Schicht einzuführen. In deren Stelle wollen die Unternehmer jetzt wieder 12stündige Schicht einführen und gleichzeitig die Löhne beträchtlich herabsetzen. Am 16. Juli sind deshalb 2800 Personen in den Streik getreten, darunter 80 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes.



Wahlungsstelle ein gültiges Exemplar gelangt, um so bei Zweifeln bei den Mitgliedern diesen Einsicht zu gewähren. Nachdem die ganze und nötige Auflage gedruckt ist, versenden wir die genügende Zahl an alle Verwaltungsstellen.

Um keinen Zweifel entstehen zu lassen darüber, wie diejenigen Mitglieder im Krankheitsfalle zu behandeln sind, welche noch vor dem 1. Oktober der Kasse beitraten, weisen wir schon jetzt darauf hin, daß die Bestimmungen des § 10 Biffer 5 auch auf diese Anwendung zu finden haben.

Nachdem die Satzung genehmigt ist, wird der Vorstand an die Ausarbeitung einer neuen Instruktion gehen und sobald diese fertiggestellt ist, versenden. Wir ersuchen daher, nicht auf die Forderung von Satzungen und Instruktionen zu drängen. Weides wird ohne Bestellung zugesandt.

Um verschiedenen Anfragern nochmals zu dienen, teilen wir mit, daß die nächste Abrechnung, also für das dritte Quartal, bereits ohne Aufführung der Namen zu erfolgen hat. Nur die Ab- und Zugänge sind namentlich aufzuführen, die Marken- und Gelddarstellung ist zu machen. Die Krankenkasse dagegen ist in selbsteriger Weise aufzustellen und mit den Belegen einzusenden.

Für den Fall, daß in einigen Orten bereits Marken von den seitherigen mit niedrigerem Werte für das 4. Quartal verklebt sein sollten, ist für jede Marke 5 Pf. nachzuheben. In der Abrechnung für das 4. Quartal sind alle Beiträge (mit Ausnahme der Kasse aus vorherigem Quartal) mit vollem Betrage zu verrechnen. Ueber die Zahl der im voraus verklebten minderwertigen Marken ist der Abrechnung ein Zettel beizufügen. Mit Schluß des 4. Quar-

tals müssen alle alten Kasse belegen sein, so daß die endgültige Einsendung der alten Marken erfolgen kann.

Für die Notstands-kasse sind nunmehr die Bestimmungen an alle Orte versandt. Alle diejenigen, welche ab 1. Juli eingetreten sind, haben außer dem Eintrittsgelde drei Beiträge für das dritte Quartal zu leisten. Die Gelder dafür sind unverzüglich einzusenden.

Der Vorstand, J. A. G. W. L. u. m. e., Vorsitzender.

Briefkasten.

\* Infolge starken Stoffandranges mußten Korrespondenzen aus Hamburg (Modellstecher) und Erlangen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Quartal 1912.

Main financial table with columns for Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure), subdivided into Hauptkasse (Main Cash) and Zahlstellen (Branches). Includes summary rows for Gesamt (Total) and Abschluß (Closing).

Abschluß. Gesamteinnahme 1.307.669,99 Mtl. Gesamtausgabe 1.028.768,12 Mtl. Mehreinnahme 288.906,21 Mtl.

Fritz König, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: Karl Klingner, Felix Leopold, Paul Michalised.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1912 zählte der Verband 877 Zahlstellen, das sind zwei mehr als im vorangegangenen ersten Quartal und 13 mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 190.786, und zwar 183.147 männliche, 6.680 weibliche und 959 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem ersten Quartal ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 3.450, die der jugendlichen um 14 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 5 zurückgegangen ist.

Von den größeren Zahlstellen hatten im zweiten Quartal folgende den beigefügten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen:

- Bromberg 66, Jüterburg 15, Königsberg 39, Osterode 22, Rostock 40, Stargard 15, Stettin 49, Swinemünde 17, Wismar 25, Sahnau 19, Liegnitz 45, Niesky 22, Brandenburg 22, Cüstrin 15, Frankfurt a. O. 19, Freimwalde 15, Ludenwalde 37, Lübben 20, Potsdam 15, Eppendorf 26, Veringswalde 35, Großenhain 18, Großschönbrunn 25, Meissen 24, Neuhäusen 18, Niederschönbach 16, Mabenau 29, Nieja 17, Chemnitz 90, Eisenberg 16, Gera 192 (einschließlich 141 von der Zahlstelle Langenber), Leipzig 38, Plauen 32, Schönheide 55, Weiden 20, Zeulenroda 24, Coburg 48, Eisenach 40, Gotha 32, Mülhausen i. Th. 39, Naumburg 19, Schleusingen 16, Schmalkalden 37, Weimar 46, Bernburg 28, Dessau 16, Gardelegen 15, Magdeburg 40, Bergedorf 16, Bremen 138, Bremerhaven 16, Hildesheim 48, Hamburg 364, Kiel 46, Lübeck 31, Lüneburg 15, Norden 17, Rarel 16, Vegesack 58, Winsen 15, Detmold 15, Hameln 33, Hannover 45, Gildehausen 22, Osnaabrück 29, Helze 21, Uslar 38, Rom 24, Dortmund 52, Düsseldorf 61 (einschl. 42 von der Zahlstelle Neuf), Elberfeld 31, Köln 99, Krefeld 21, Neudlinghausen 15, Coblenz 18, Darmstadt 87, Hanau 19, Mannheim 17, Michelstadt 55, Offenbach 14, Saarbrücken 26, Borch 30, Schwarzenbach 27, Nugsburg 46, Dachau 20, Kempten 17, Rosenheim 17, Feuerbach 25, Freising i. Br. 56, Göttingen 24, Heilbronn 66, Karlsruhe 73, Mülhausen i. E. 19, Neuenburg 53, Nürtingen 19, Pforzheim 16, Neukirchen 15, Straßburg 46, Stuttgart 137, Tübingen 35.

Dagegen hatten folgende Zahlstellen einen Verlust an Mitgliedern aufzuweisen:

- Elbing 15, Görlitz 39, Königsbrunn 16, Jülich 17, Schönlank 40, Straßburg 15, Dreuenbrücken 15, Naumburg 45, Brand 30, Cunnersdorf 19, Glasbütte 15, Marienberg 15, Oederan 17, Dainichen 15, Lauterberg 16, Rottenbach 29, Steinach 31, Schönheide 18, Pflaumberg 18, Bünde 41, Cassel 23, Celle 18, Verden 35, Eilen 31, Müllers 18, Neuenhagen 17, Siegen 22, Heddenheim 16, Hagen 29, Hertenberg 32, Würzburg 26, Breiten 31, Durlach 15, Schwenningen 23.

Neu aufgenommen wurden im zweiten Quartal 1912 (im zweiten Quartal 1911 13.751) männliche, 729 (812)

weibliche und 268 (193) jugendliche, im ganzen 14.297 Mitglieder. Gegenüber dem ersten Quartal 1912 sind dieses 576 Aufnahmen mehr und gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres 492 Aufnahmen weniger. Die Mitgliederzunahme im zweiten Quartal beträgt 3.459, es sind demzufolge 10.834 Mitglieder dem Verband durch Streichung, Todesfall usw. verloren gegangen.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug im zweiten Quartal 1.243.941,50 Mtl., im vorangegangenen ersten Quartal 1.226.348 Mtl. Im zweiten Quartal 1911 wurden 1.106.648,50 Mtl. für Beiträge vereinnahmt. Von den männlichen Mitgliedern wurden im zweiten Quartal 1.990.457 Beiträge à 60 Pf., 24.701 Beiträge à 55 Pf. und 28.543 Beiträge à 50 Pf., zusammen 2.043.701 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 77.406 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 9834 Beiträge entrichtet. Hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,2 Beiträge, gleich 86,2 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 11,6 Beiträge, gleich 89,2 Proz. des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,3 Beiträge, gleich 79,2 Proz. des Vollbeitrages.

In Extrabeiträgen gingen im zweiten Quartal 32.400,49 Mtl. ein. Davon entfallen 31.337,79 Mtl. auf diejenigen Zahlstellen, welche mehr als den Grundbeitrag abliefern, 88,75 Mtl. wurden für die Porzellanarbeiter, 71,15 Mtl. für die Bergarbeiter und 900,— Mtl. für die Tabakarbeiter eingekandt, 2,80 Mtl. wurden von Einzelmitgliedern abgeführt.

Unter den Ausgaben steht im zweiten Quartal die Streikunterstützung mit 216.666 Mtl. an erster Stelle. Dieselbe ist gegen das erste Quartal um 153.365 Mtl. gleich 243,3 Proz. gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Streikunterstützung um 637.012 Mtl., gleich 74,6 Proz. zurückgegangen. Von den übrigen Unterstützungen sind gegen das Vorjahr gestiegen: Die Reiseunterstützung um 3.486 Mtl., gleich 10,5 Proz., die Arbeitslosenunterstützung um 67.375 Mtl., gleich 57,7 Proz., die Krankenunterstützung um 28.598 Mtl., gleich 15,1 Proz., die Unterstützung in Sterbefällen um 1763 Mtl., gleich 11,9 Proz., die Notfallunterstützung um 515 Mtl., gleich 33,5 Proz. und die Ausgaben für Rechtschutz um 902 Mtl., gleich 17,5 Proz. Zurückgegangen gegen das Vorjahr ist die Gemahregeltenunterstützung um 2.434 Mtl., gleich 15,8 Proz., und die Anzugsunterstützung um 219 Mtl., gleich 1,6 Proz.

Von der Reiseunterstützung entfallen 4.114 Mtl. (4008 Mtl. im Vorjahr) auf die Aufstehkassenunterstützung, welche an 2894 Empfänger gezahlt wurde, und zwar an 248 Empfänger je für drei Tage, an 724 Empfänger je für zwei Tage und an 1922 Empfänger je für einen Tag. Hiervon entfallen auf Berlin 392, Breslau 37, Dresden 127, Hamburg 369, Köln 26, Leipzig 234, München 226, Braunschweig 25, Bremen 89, Chemnitz 61, Danzig 7, Dortmund 77, Düsseldorf 22, Duisburg 33, Elberfeld 73, Epen 15, Frankfurt a. M. 68, Halle 45, Hannover 108,

Königsberg 5, Magdeburg 74, Mannheim 84, Nürnberg 130, Stettin 28, Straßburg 24 und Stuttgart 118 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehreinnahme von 288.906,21 Mtl. und einen Bestand für das dritte Quartal von 3.826.671,22 Mtl. Der Bestand der Lokalkassen hat sich um 6272,50 Mtl. erhöht und betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1.991.771,09 Mtl.

Das Vermögen der Haupt-, Gau- und Lokalkassen zusammen betrug am Schlusse des Quartals:

Summary table for assets: Hauptkasse 3.826.671,22 Mtl., Gaukassen 6.828,80 Mtl., Lokalkassen 1.991.771,09 Mtl., Zusammen 5.825.271,11 Mtl.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Lokalkassen im 2. Quartal 1912.

Table showing income and expenditure for local branches in the 2nd quarter of 1912, including categories like Reiseunterstützung, Arbeitslose, etc.

Berlin, den 25. September 1912.

Der Vorstandsvorsitzende.

